

# SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 3 / März 2007 · Ausgabe Berlin-Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: [contact@sozialverband.de](mailto:contact@sozialverband.de)

## Interview mit Adolf Bauer

SoVD-Präsident kritisiert soziale  
Schieflage der Gesundheitsreform

Seite 6

## Rente wegen Erwerbsminderung

Hintergrundwissen für Betroffene:  
Teil 1 in dieser Ausgabe

Seite 8



Unabhängige  
Patientenberatung  
Deutschland | UPD

## Neuer Modellversuch „Patientenberatung“

Sozialverband Deutschland  
als Träger beteiligt

Seite 7

## Volkssolidarität, Deutscher Gewerkschaftsbund und SoVD fordern: Erwerbstätigenversicherung statt Rente mit 67!



Foto: Rafalzyk/BILDSCHÖN

Auf einer viel beachteten Pressekonferenz haben Ende Januar Volkssolidarität, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) und Sozialverband Deutschland ein gemeinsames Konzept für eine Erwerbstätigenversicherung vorgestellt. Die drei Organisationen leisten damit einen wichtigen und konstruktiven Beitrag zur Diskussion um die Sicherung der gesetzlichen Rente. „Wir legen ein zukunftsweisendes Konzept vor, das mehr soziale Sicherheit schafft, die Solidargemeinschaft stärkt und dem Strukturwandel der Arbeitswelt Rechnung trägt. Die Erwerbstätigenversicherung wirkt insbesondere einer unzureichenden Altersvorsorge von geringfügig Beschäftigten und Selbstständigen entgegen“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer im Namen der drei Verbände.

Das gemeinsam erarbeitete Konzept von SoVD, DGB und Volkssolidarität sieht vor, langfristig alle Berufstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. In einem ersten Schritt sollen geringfügig Beschäftigte und Selbstständige ohne Pflichtversicherung sowie Politiker in die Erwerbstätigenversicherung aufgenommen werden. Langfristig sollen auch Beamte und Freiberufler einbezogen werden. Dabei müssen der Vertrauensschutz gewahrt und verfassungsrechtliche

Vorgaben beachtet werden.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sieht die Erwerbstätigenversicherung als Alternative zur Rente mit 67. Diese bezeichnete sie auf der gemeinsamen Pressekonferenz als „nichts anderes als eine Rentenkürzung“. Die wenigsten Menschen hätten nämlich überhaupt ei-

ne Chance, tatsächlich zwei Jahre länger zu arbeiten. Deshalb fordert der DGB, dass zuerst der Arbeitsmarkt in Ordnung gebracht werden muss, bevor über eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters entschieden werden kann. „Es kann doch nicht sein“, so Buntenbach, „dass wir die Arbeitszeit verlängern,

damit die Arbeitslosigkeit noch verschärfen und die Jungen weiterhin keine Chance haben, einen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden!“

Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, ergänzte: „Es gibt ein wachsendes Schutzbedürfnis einer wachsenden Anzahl von Menschen, die heute aus vielen Gründen nicht mit einer zuverlässigen Absicherung im Alter rechnen können. Sicherungslücken im Alter und die Gefahr von Altersarmut sind vermeidbar. Die Erwerbstätigenversicherung leistet dazu einen Beitrag.“

SoVD-Präsident Adolf Bauer wies darauf hin, dass Schätzungen zufolge nur ein Viertel aller Selbstständigen in ein obligatorisches Alterssicherungssystem einbezogen seien. Dies bedeute im Umkehrschluss, dass etwa drei Millionen Menschen bei der Altersvorsorge auf sich selbst gestellt seien. Wer aber ausschließlich auf die private Vorsorge baut, trage alle Anlagerisiken des Kapitalmarktes allein. „Aus diesen Gründen brauchen gerade Selbstständige und geringfügig Beschäftigte den solidarischen Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung“, so Bauer.

Die Broschüre „Erwerbstätigenversicherung: Rente mit Zukunft“ kann von der SoVD-Homepage ([www.sovd.de](http://www.sovd.de); Button „Broschüren“) heruntergeladen werden.

„Erwerbstätigenversicherung: Rente mit Zukunft“ – so heißt die Broschüre, in der SoVD, DGB und Volkssolidarität ihre Vorstellungen von einer sozial gerechten, zukunftssicheren Rente präsentieren.

## SoVD begrüßt Grundsatzurteil des Bundessozialgerichtes zur Kriegsopferrente

Das Bundessozialgericht hat im Januar entschieden, dass die Grundrente von Kriegsbeschädigten nicht zur Bemessung von Krankenversicherungsbeiträgen herangezogen werden darf. Damit hat das Gericht die Auffassung des SoVD bestätigt, dass die Grundrente eine Wiedergutmachung für im Zweiten Weltkrieg erlittene Verletzungen und Gesundheitsschäden ist. Von der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) dürfen auch bei freiwillig Versicherten keine Krankenkassenbeiträge abgezogen werden. Die Entscheidung gilt auch für weitere Personengruppen, die mit einer Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz entschädigt werden, wie Soldaten, Zivildienstleistende, Opfer von Gewalttaten, Impfgeschädigte und politische Häftlinge der früheren DDR.

## Blickpunkt

„Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück.“ – so lautet das Motto der Gewerkschaften zum



Internationalen Frauentag 2007 am 8. März. Dieser Aufruf ist durchaus notwendig. Es scheint wieder zeitgemäß, die Frage nach der Rolle der Frau zu stellen. Aber statt klarer Rollenzuteilungen von Mann und Frau müsste doch das Ziel im Vordergrund stehen, ein partnerschaftliches Miteinander zu fördern und individuelle Lebensplanungen mit den entsprechenden Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Ein wirklicher politischer Wille hierzu ist aber nicht erkennbar – weder bei der Umgestaltung der Sozialversicherungssysteme, der Arbeitswelt oder des Steuerrechts noch bei der Schaffung infrastruktureller Rahmenbedingungen. Allein Sparen heißt das Ziel. Und es wird ein Verteilungskampf herbeigeredet, den offensichtlich nicht nur die Generationen untereinander ausfechten sollen, sondern auch die Geschlechter. Frauen müssen erfahren, wie auf ihre Kosten gespart wird – sei es bei der Kinderbetreuung, beim Ausbau des Niedriglohnbereiches, bei der Alterssicherung oder auch bei der Pflege. So bleiben, nach 100 Jahren internationaler Frauenbewegung, noch viele Schritte zu gehen.

Brigitte Setzer-Pathe,  
Sprecherin der Frauen im SoVD

## Anzeige

Als Mitglied des SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

### Spezial-Rechtsschutzversicherung

- im Privat-und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz
- mit telef. anwaltlicher Erstberatung

### Exklusive Leistungserweiterungen

- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen

Haben Sie Interesse?: 040/ 63 76 27 62

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

mit der Organisation  
für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der  
ERGO Versicherungsgruppe.



## Erwerbstätigenversicherung: Rente mit Zukunft

Das gemeinsame Konzept  
des Bundessozialgerichtes (Bundessozialgericht),  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und  
des Sozialverbandes Deutschland (SoVD).

Das ist die Voraussetzung für eine gerechte Alterssicherung  
in der Erwerbstätigenversicherung.

Initiative 50 plus

## Der SoVD bezieht Position

**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen – das ist der Titel eines Projektes der Großen Koalition, das als Initiative 50 plus bekannt geworden ist. Das Projekt soll – der Name sagt es – die Arbeitsmarktsituation von Über-50-Jährigen deutlich verbessern und damit die Anhebung des regulären Renteneintritts auf 67 Jahre sozialpolitisch vertretbar machen. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens bezog der Sozialverband Deutschland jetzt Stellung zu dem Regierungsvorhaben.**

Der SoVD begrüßt, dass sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat, die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer/-innen zu verbessern.

**Ältere Arbeitnehmer/-innen sind in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht.** Jeder vierte der gemeldeten Arbeitslosen ist 50 Jahre und älter. Etwa 40 Prozent der Betriebe in Deutschland beschäftigen keine Menschen über 50 Jahren. Ältere Arbeitnehmer/-innen tragen hierdurch ein überdurchschnittlich hohes Risiko, nach einer einmal erfolgten Entlassung arbeitslos zu bleiben.

Das Erwerbspotential und der Erfahrungsschatz der älteren Generation werden von vielen Betrieben immer noch ignoriert, obgleich ein Einstellungswandel längst schon überfällig gewesen wäre.

Der jüngst zu verzeichnende Anstieg der Erwerbstätigenquote bei den 55- bis 65-Jährigen (von 37,5 Prozent im Jahr 2000 auf rund 45 Prozent im Jahr 2005) darf nach Auffassung des SoVD nicht zu dem Fehlschluss verführen, dass sich die schwierige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage der älteren Arbeit-

nehmer/-innen grundlegend verbessert habe. Denn dieser Anstieg ist kaum auf einen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurückzuführen, sondern zu einem großen Teil auf eine Zunahme prekärer Beschäftigungsformen wie beispielsweise Mini- und Ein-Euro-Jobs.

**Vor diesem Hintergrund lehnt der Sozialverband Deutschland die geplante erleichterte Befristung von Arbeitsverträgen mit älteren Arbeitnehmern/-innen entschieden ab.** Ein positiver Effekt auf die Beschäftigungschancen der Älteren konnte für die bislang geltende Befristungsregelung – die übrigens gegen europäisches Recht verstößt – nicht festgestellt werden. Eine erleichterte Befristung von Arbeitsverträgen mit älteren Menschen stellt eine Aufweichung des Kündigungsschutzes dar, die in keiner Weise geeignet ist, die Beschäftigungschancen dieser Generation nachdrücklich zu verbessern.

**Der SoVD regt an, das Instrument der Arbeitsmöglichkeiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) und das darauf aufbauende Bundesprogramm „30 000 Zusatzjobs für Ältere“ fortzuentwickeln.** Die Arbeitsmöglichkeiten mit Mehraufwandsentschädigung haben sich in der Praxis als Instrument zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt nicht bewährt, sondern einen Verdrängungswettbewerb zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ausgelöst. Andererseits brauchen gerade diejenigen Arbeitssuchenden eine

Perspektive, bei denen eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt nicht mehr zu erwarten ist. Deshalb spricht sich der Sozialverband Deutschland nachdrücklich dafür aus, das Instrument der Arbeitsmöglichkeiten zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsformen eines „sozialen Arbeitsmarktes“ für einen eng begrenzten Personenkreis weiterzuentwickeln.

**Der Sozialverband Deutschland empfiehlt weiterhin, die Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verlängern.** Eine Verlängerung darf aber nach Auffassung des Verbandes nicht dazu führen, dass einzelne Personengruppen gegenüber dem geltenden Recht schlechter gestellt werden. Ein sowohl sachgerechter als auch finanzierbarer Vorschlag ist in dem Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 5. Dezember 2006 zu sehen, den der SoVD nachdrücklich unterstützt.



Foto: Schlemmer

**Trafen sich zum Gespräch: Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit (li.), und SoVD-Präsident Adolf Bauer.**

## Gedankenaustausch im Roten Rathaus in Berlin

Am 24. Januar empfing der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, den Präsidenten des Sozialverband Deutschland, Adolf Bauer, zu einem Gespräch über aktuelle sozialpolitische Fragen und insbesondere die Reform der Pflegeversicherung. Adolf Bauer erläuterte dem Regierenden Bürgermeister den Entwurf des SoVD für ein Pflegezeitgesetz, der in der Zwischenzeit in der Öffentlichkeit viel Anerkennung gefunden hat. In dem Gespräch, das in vertrauensvoller Atmosphäre stattfand, waren sich beide Seiten einig, dass die Sicherung einer menschenwürdigen Pflege ein vorrangiges sozialpolitisches Ziel darstellt.

Gespräch mit Behindertenbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

## Marianne Saarholz erläuterte Entwurf für ein Pflegezeitgesetz

**Ende Januar 2007 ist SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz zum Gespräch mit der Behindertenbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, Silvia Schmidt, zusammengetroffen.** Saarholz nutzte die Gelegenheit, um der Bundestagsabgeordneten den SoVD-Entwurf für ein Pflegezeitgesetz nahezubringen.

Themen des Gesprächs waren in erster Linie die schwierige Situation im Bereich der beruflichen Teilhabe behinderter Menschen sowie die bevorstehende Reform in der Pflegeversicherung. In diesem Zusammenhang erläuterte Marianne Saarholz der Behindertenbeauftragten den Vorschlag des SoVD für ein Pflegezeitgesetz zur Entlastung pflegender Angehöriger und zur Stärkung der häuslichen Pflege. Silvia Schmidt berichtete im Gegenzug über die neu gegründete Bundesinitiative „Daheim statt Heim“, die alternative



Foto: Muhrbeck

**SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz (re.) sprach mit Silvia Schmidt, Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, über die berufliche Teilhabe behinderter Menschen sowie Reformen in der Pflegeversicherung.**

Wohnformen zur Heimunterbringung sammelt und fördert.

Das Gespräch fand in vertrauens-

voller Atmosphäre statt. Es ist geplant, den Meinungsaustausch fortzusetzen.

## Stellungnahme zur Rente ab 67

Anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages Ende Februar hat der SoVD auch zur Rente ab 67 Stellung bezogen. Hier die wichtigsten Kritikpunkte und Forderungen (siehe auch S. 1):

**Die Rente ab 67 ist arbeitsmarkt- und sozialpolitisch nicht vertretbar.** Die jetzige und absehbare Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer/-innen erfüllt nicht im Ansatz die Rahmenbedingungen, die für eine Anhebung der Altersgrenzen erforderlich wären. Die Anhebung der Altersgrenzen wird deshalb nicht zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sondern zu einer Vergrößerung der

Lücke zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt führen.

**Die Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten sind systemwidrig.** Die geplante Anhebung des Referenzalters bei den Erwerbsminderungsrenten führt zu Abschlägen, die für den SoVD systemwidrig sind. Der Eintritt einer Erwerbsminderung steht nämlich – anders als der Bezug einer vorgezogenen Altersrente – nicht zur Disposition der Betroffenen.

**Die Altersrente für schwerbehinderte Menschen muss unangetastet bleiben!** Schwerbehinderte sind nach wie vor besonders von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht. Mit der Anhebung der Altersgrenze bei der Altersrente für Schwerbehinder-

te würden diejenigen bestraft, die aufgrund ihrer Schwerbehinderung häufig eine überdurchschnittliche Anstrengungen erbringen müssen, um die Anforderungen des Erwerbslebens zu bewältigen.

**Keine Verschlechterungen bei Hinterbliebenenrenten!** Die Anhebung der Altersgrenze bei der großen Witwen- bzw. Witwerrente auf das vollendete 47. Lebensjahr kann ebenfalls nicht mitgetragen werden – dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation von Frauen und die nach wie vor notwendige Unterhaltssicherungsfunktion der Hinterbliebenenrente!

Besuchen Sie unsere barrierefreie SoVD-Homepage [www.sovd.de](http://www.sovd.de)

Anzeige

SIMPLY CLEVER



Sonntags von 10-13 Uhr  
Besichtigung  
kein Verkauf  
keine Probefahrt  
keine Beratung

Škoda Fabia – jetzt im neuen Design.

RENNEN SIE TRENDS NICHT HINTERHER. FAHREN SIE FABIA.

Wir geben Nachlass 15% für Behinderte



Škoda Fabia. Er zeigt sich überall von seiner schönsten Seite. Auf der Straße beeindruckt sein zeitloses Design und die perfekte Verarbeitung. Und sein Preis schont dabei Ihren Geldbeutel: bei uns ab 9.990,- Euro. Besuchen Sie uns und überzeugen Sie sich selbst.



**AS-Automobile GmbH**

Hövelstraße 151 - 153

Telefon 02 01 / 83 14 83 37

**Grösste Skoda-Auswahl in Essen**

# SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Liebe Mitglieder, die Veröffentlichung des SoVD-Ratgeberbandes rückt immer näher. Das Buch mit dem Titel „Gut tun – tut gut. Menschen helfen Menschen im Alltag. 70 kleine Ideen und Tipps für Glücksbringer“ ist ab dem 26. März im „normalen“ Buchhandel erhältlich. Der sehr schön gestaltete Ratgeberband soll noch mehr Menschen dafür gewinnen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Aber auch SoVD-Mitglieder, die schon aktiv sind, werden ihre Freude haben, wenn sie vielleicht



**Ab dem 26. März ist der neue SoVD-Ratgeberband im Buchhandel erhältlich.**

die eine oder andere neue Idee entdecken. Das Buch enthält auch viele Beispiele von SoVD-Mitgliedern, die bereits Gutes tun. Im Buchhandel kostet das Buch 9,90 Euro.

Auf vielfach geäußerten Wunsch kann der bewährte Aufkleber zur Kampagne auch im Kleinformat (Größe 56 x 31 mm, 30 Stück auf DIN A4-Bogen) bestellt werden. Er eignet sich gut zur Werbung auf Briefen, Drucksachen, aber auch auf Geschenktütchen mit selbst gebackenen Keksen u. ä. Bestellung: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Zentrale Aufgaben, zu Hd. Agnes Wolz, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin, oder per Fax: 030/72 62 22 311 oder E-Mail: agnes.wolz@sovd.de

Gerade an Feiertagen ist es besonders schwer allein zu sein – gerade wenn man den Partner oder den Lebensgefährten verloren hat

oder sich getrennt hat. Die Botschafterin des Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland, Karin Kerth, wollte aber zum Jahreswechsel niemanden allein lassen. So organisierte sie kurzerhand eine kleine Silvesterparty. Eingeladen waren sechs Frauen, die im Laufe des Jahres Witwe geworden waren. Nach dem gemeinsamen Kirchengang ging es heim zu Frau Kerth. Natürlich hatte jede eine Kleinigkeit mitgebracht, und so feierten sie gemeinsam bis zum frühen Morgen. Karin Kerth: „Die anfänglich gedämpfte Stimmung lockerte sich schnell und es wurde richtig lustig. Wie schön unser Silvesterabend

war, hat sich schnell herumgesprochen und so haben mich bereits weitere alleinstehende Frauen angesprochen, dieses Jahr zusammen zu feiern – darauf freue ich mich schon jetzt.“

Schicken Sie, liebe Mitglieder, uns weiter gute Ideen und berichten Sie uns von Ihren Projekten. Gute Beispiele machen Mut zum Mit- und Nachmachen!

Für Ihre Fragen stehen wir Ihnen in der Bundesgeschäftsstelle Montag bis Donnerstag von 12 bis 13 Uhr unter der Telefonnummer 030 / 72 62 22-199 (Ute Wilke) zur Verfügung. Sie erreichen uns außerdem: per Post in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Kampagnenteam, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin; per E-Mail unter: [kampagne@sovd.de](mailto:kampagne@sovd.de); im Internet unter: [www.gut-tun-tut-gut.de](http://www.gut-tun-tut-gut.de).

Herzlichst Ihr Kampagnenteam

## Das Ziel der Kampagne Gut tun – tut gut

Die SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut knüpft am ehrenamtlichen Engagement der SoVD-Mitglieder an. Viele Mitglieder helfen schon seit Jahren anderen Menschen, die Unterstützung brauchen, zum Beispiel mit Krankenbesuchen oder Besuchen im Pflegeheim. Mit der Kampagne Gut tun – tut gut wollen wir noch mehr Menschen dafür gewinnen, andere Menschen mit ganz praktischen Dingen im Alltag zu unterstützen.

Sie können zum Beispiel einen

älteren Menschen beim Spazierengehen begleiten, dem Kind einer alleinerziehenden Mutter bei den Hausaufgaben helfen oder den Einkauf der kranken Nachbarin übernehmen. Schon kleine Dinge machen einen großen Unterschied! Weitere Informationen finden Sie unter [www.gut-tun-tut-gut.de](http://www.gut-tun-tut-gut.de). Wenn Sie mitmachen wollen, können Sie sich an Ihren Ortsverband wenden oder schreiben Sie an die SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Kampagnenteam, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin.

<input type="checkbox"/> Ich mache bereits bei der Kampagne mit	<input type="checkbox"/> Ich möchte bei der Kampagne mitmachen																				
Name	Name																				
Orts-/Kreisverband*	Orts-/Kreisverband*																				
Anschrift	Anschrift																				
Telefon	Telefon																				
E-Mail*	E-Mail*																				
So TUE ich bereits GUT:	So möchte ich gern GUT TUN:																				
	<table border="1"> <tr> <td>Zeitliche Verfügbarkeit</td> <td>bis zu 30 Min.</td> <td>bis zu einer Stunde</td> <td>bis zu zwei Stunden</td> <td>mehr als zwei Stunden</td> </tr> <tr> <td>täglich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>wöchentlich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>monatlich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	Zeitliche Verfügbarkeit	bis zu 30 Min.	bis zu einer Stunde	bis zu zwei Stunden	mehr als zwei Stunden	täglich					wöchentlich					monatlich				
Zeitliche Verfügbarkeit	bis zu 30 Min.	bis zu einer Stunde	bis zu zwei Stunden	mehr als zwei Stunden																	
täglich																					
wöchentlich																					
monatlich																					
Ich möchte regelmäßig den Kampagnen-Infobrief erhalten: <input type="checkbox"/> per Mail <input type="checkbox"/> per Post <span style="float: right;">* falls vorhanden</span>																					

## Der Ortsverband des Monats März ist:

### Ortsverband Mannheim-Neckarau

Das Motto der SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut hat sich der Ortsverband Mannheim-Neckarau im Landesverband Baden-Württemberg auf seine Fahnen geschrieben. Die 1. Vorsitzende, Ute Schneider, und ihr Team engagieren sich im Seniorenheim Lindenhof in der Pflegeabteilung in Mannheim ehrenamtlich. Sie gehen mit den Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, spazieren. Unterwegs kehren sie in einem Café ein, um Eis oder Kuchen zu essen und Kaffee zu trinken. „Ist das Wetter nicht so schön, wird gespielt oder auch vorgelesen. Die kranken Menschen sind dafür sehr dankbar“, so Ute Schneider.

Ende vergangenen Jahres organisierte die Vorsitzende mit ihren Mitgliedern eine kleine Weihnachtsfeier im Seniorenheim Lindenhof. Es gab Kaffee und Kuchen. Gedichte wurden vorgetragen. Ein Mitglied verteilte als Nikolaus verkleidet Geschenke, auch an die, die nicht persönlich zur Feier kommen konnten.

„Es gab überall große Augen und ein herzliches Dankeschön“, beschrieb Ute Schneider die Reaktionen der alten Menschen. Die Feier wurde auf Video aufgenommen und im Februar vorgeführt. Die Überraschung war riesengroß.

Die Heimleiterin ist dankbar

für die Unterstützung des Ortsverbandes Mannheim-Neckarau. Aber nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner in diesem und in anderen Seniorenheimen sind die SoVD-Mitglieder da. Nachbarschaftshilfe ist auch angesagt.

Die 2. Vorsitzende, Sonja Kronawitter, hat zum Beispiel über ein viertel Jahr die Wäsche für ihre Nachbarin gewaschen, weil sie sich keine neue Waschmaschine leisten konnte. Die 1. Vorsitzende des Ortsverbandes Mannheim-Neckarau, Ute Schneider, fährt alle 14 Tage zu einer Familie. Die Mutter ist ver-

storben. Der Vater sorgt alleine für die schwerbehinderte Tochter. Ute Schneider bügelt, wäscht, macht sauber und kocht für sie. Zwei andere Vorstandsmitglieder sind mit ihren Fahrrädern unterwegs, um



**In der Änderungsschneiderei „Marielle Contino“ durfte die 1. Vorsitzende des Ortsverbandes Mannheim-Neckarau, Ute Schneider, einen Kampagnenaufkleber Gut tun – tut gut anbringen. Viele ältere Menschen zählen zum Kundenstamm der Schneiderei. Sollte sich jemand nach dem Aufkleber erkundigen, bekommt er bereitwillig Auskunft.**

kranke Mitglieder oder Mitglieder, die Geburtstag haben, zu besuchen. Auf ihren Fahrrädern präsentieren sie die Kampagnenaufkleber. Mittlerweile konnte die 1. Vorsitzende weitere Kampagnenaufkleber in einer Änderungsschneiderei und bei einem Friseur anbringen lassen (siehe Foto oben).



**Betreuerin Jutta Greiner (3. von li.) und die 1. Vorsitzende des Ortsverbandes Mannheim-Neckarau, Ute Schneider (5. von li.), mit Heimbewohnerinnen in Mannheim.**



**Jutta Greiner geht regelmäßig mit einer Heimbewohnerin im Rollstuhl spazieren.**



**Auch um bettlägrige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner kümmern sich die Mitglieder des Ortsverbandes Mannheim-Neckarau, indem sie beispielsweise vorlesen.**

Reformprojekt trotz heftiger Proteste verabschiedet

## Gesundheitsreform – die wichtigsten Änderungen im Überblick

**Ungeachtet zahlreicher Abweichler in den eigenen Reihen und massiver Proteste verschiedenster Organisationen und Verbände – an vorderster Front der Sozialverband Deutschland (siehe SoVD-Zeitung vom Februar) – hat die Große Koalition am 2. Februar im Bundestag die Gesundheitsreform verabschiedet. Exakt zwei Wochen später hat wie erwartet auch der Bundesrat den Änderungen zugestimmt. Damit steht fest: Die Reform tritt zum 1. April dieses Jahres in Kraft. Im Folgenden die zentralen Punkte.**

**Gesundheitsfonds:** Von 2009 an zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einen Fonds ein. Den einheitlichen Beitragssatz legt der Bund fest. Hinzu kommen Steuergelder. Die Kassen erhalten für jeden Versicherten einen einheitlichen Betrag. Kassen mit vielen kranken Versicherten bekommen zusätzlich Geld von anderen Kassen. Reicht einer Kasse dieses Geld nicht, kann sie einen begrenzten Zusatzbeitrag von den Versicherten fordern.

**Versicherungspflicht:** Von 2009 an gilt eine Pflicht zur Versicherung: Die rund 200 000 bis 300 000 Nicht-versicherten müssen also Mitglied in einer gesetzlichen oder privaten Krankenkasse werden.

**Gesetzliche Krankenkassen:** Statt sieben soll es nur noch einen Dachverband für die gesetzlichen Kassen geben. Kassenfusionen werden erleichtert. Bis Ende 2008 müssen sämtliche gesetzlichen Kassen entschuldet sein. Für Insolvenzregeln soll es ein eigenes Gesetz geben.

**Private Krankenversicherung (PKV):** Von 2009 an müssen Privatkassen einen Basistarif anbieten. Der Zugang ist beschränkt. Ehemals



Foto: MEV

**Ärztliche Beratung bleibt für Versicherte auch künftig unersetzlich – etwa bei der Verordnung von kostengünstigen Alternativ-Medikamenten.**

Privatversicherte ohne Schutz muss die PKV bereits vom 1. Juli 2007 an aufnehmen. Gesundheitsprüfung und Risikozuschläge entfallen. Für Gutverdiener wird ein Wechsel aus der gesetzlichen Versicherung in die PKV erschwert.

**Leistungen:** Wer Vorsorgeuntersuchungen versäumt und später schwer krank wird, muss mehr zahlen. Komplikationen, etwa nach

Piercings, werden nicht mehr auf Kassenkosten behandelt. Ausgeweitet werden dagegen Leistungen bei Impfungen, Eltern-Kind-Kuren, Reha-Behandlungen für alte Menschen und bei der Betreuung Schwerstkranker und Sterbender. Kliniken werden für ambulante Behandlungen geöffnet.

**Apotheken/Medikamente:** Der Rabatt, den Apotheker den Kassen pro Medikament gewähren müssen, steigt von 2 Euro auf 2,30 Euro. Vor der Verordnung teurer Medikamente muss zudem ein zweiter Arzt befragt werden.

**Ärzte:** Ab 2011 kommt eine neue Ärztevergütung mit festen Euro-Preisen. Ärzte in unterversorgten Gebieten bekommen schon vorher Zuschläge.

**Einsparungen und Kosten:** Das Einsparvolumen liegt 2007 bei 1,1 bis 1,2 Milliarden Euro. Der Bundeszuschuss für gesetzliche Kassen liegt 2007 und 2008 jeweils bei 2,5 und 2009 bei 4 Milliarden Euro. Dann soll er jährlich um 1,5 bis auf 14 Milliarden Euro anwachsen. *dpa*

## SoVD: Gesundheitsfonds muss gestoppt werden

Anlässlich der Verabschiedung der Gesundheitsreform im Bundestag hat SoVD-Präsident Adolf Bauer die Große Koalition aufgefordert, die zwei Jahre bis zur geplanten Einführung des Gesundheitsfonds im Jahr 2009 (siehe neben stehenden Artikel) als Bedenkzeit zu nutzen und den Fonds doch noch zu stoppen.

Der Gesundheitsfonds wird nach Auffassung des SoVD den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen nicht etwa fördern, sondern zu einem verzerrten Wettbewerb führen, der auf Kosten der Patienten und Versicherten geht. Krankenkassen mit vielen älteren oder chronisch kranken Patienten würden finanziell unter Druck geraten und deshalb versuchen, bei den Leistungen für die Versicherten zu sparen.

Sozialrechtsschutz des Landesverbandes Berlin-Brandenburg wieder erfolgreich

## Schwerbehinderten-Altersrente ohne Abschläge erstritten

**Ein Mitglied unseres Verbandes, Rainer Teschke (Name geändert), bat um Hilfe durch den SoVD, da ihm das Landesversorgungsamt Berlin die Schwerbehinderteneigenschaft entzogen hatte. Durch die Intervention des SoVD konnte die Angelegenheit zur Zufriedenheit von Rainer Teschke abgeschlossen werden. Denn er erhält nun eine Schwerbehinderten-Altersrente ohne Abschläge.**

Im Dezember 1998 kam SoVD-Mitglied Rainer Teschke in die Sozialrechtsschutz-Sprechstunde des SoVD Berlin-Brandenburg und erbat Unterstützung in einem Schwerbehindertenverfahren. Trotz weiterhin bestehender Behinderungen hatte ihm das Landesversorgungsamt Berlin die Schwerbehinderungseigenschaft mit Hinweis auf eine Besserung seiner gesundheitlichen Situation und damit einer geringer zu bewertenden Behinderung entzogen. Im Widerspruchsverfahren bekräftigte das Landesversorgungsamt seine Auffassung und wies den Einwand ab. Es folgte ein über siebenjähriger Prozess durch zwei Gerichtsinstan-

zen, in dem mehrere Gerichtsgutachten eingeholt wurden. Für den Sozi-

**Wir haben geholfen!**

alrechtsschutz des Landesverbandes Berlin-Brandenburg war es wichtig, die lückenlose Beibehaltung der Schwerbehinderung über den 15. November 2000 hinaus zu erreichen, um es dem Kläger zu ermöglichen, ohne Abschläge die Schwerbehinderten-

Altersrente beanspruchen zu können. Weil die Gutachter des Landesversorgungsamtes das ganze Verfahren hindurch stur blieben, war der volle Einsatz der Sozialrechtsschutzabteilung erforderlich. Nach siebenjährigem Kampf mit viel Engagement konnte im Januar 2007 ein Erfolg erzielt werden, denn das Landesversorgungsamt erkannte endlich vor dem Landessozialgericht die lückenlose Beibehaltung der Schwerbehinderung an. Rainer Teschke war überglücklich, dass er dank des beharrlichen Einsatzes der Sozialrechtsschutzabteilung frohen Herzens seine abschlagsfreie Altersrente erhalten konnte. *(Klaus Beier)*

## Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr! Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e. V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband  Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro  Partnerbeitrag 7,15 Euro

Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

**Einzugsermächtigung:**

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

**Abruf:**

1/4-jährlich  1/2-jährlich

jährlich

**ab**

**KontoinhaberIn**

**Konto**

**BLZ**

**Geldinstitut**

**Der Sozialverband Deutschland** hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein  ja

**Ich bin einverstanden**, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein  ja

**Ort, Datum**

**Unterschrift**

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

**Geworben durch:**

**Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:**

**Name**

**1 Name und Geburtsdatum**

**Straße**

**2 Name und Geburtsdatum**

**PLZ, Ort**

**3 Name und Geburtsdatum**

**SoVD Ortsverband**

**4 Name und Geburtsdatum**

**Unterschrift** (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

**Jeder kennt einen, der zu uns gehört!**

Was tun, wenn man von seiner Arbeit nicht mehr leben kann?

# Deutschland zögert beim Mindestlohn, andere Länder haben ihn längst

Eine Friseurin in Brandenburg arbeitet für einen Stundenlohn von weniger als 3 Euro – wirklich leben kann man davon kaum. Abhilfe könnte ein gesetzlich garantierter Mindestlohn schaffen, für den sich unter anderem Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering (SPD) stark macht. Den aber lehnen wiederum CDU-Politiker und Arbeitgeberverbände vehement ab und warnen vor einer Vernichtung von Arbeitsplätzen. Dagegen betonen die Gewerkschaften die positiven Erfahrungen anderer Länder mit dem Mindestlohn. Doch wie sehen diese Erfahrungen aus und wie vergleichbar sind sie mit der Situation in Deutschland?

Von den mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben 20 Länder einen gesetzlichen Mindestlohn. Dessen Höhe ist freilich sehr unterschiedlich und orientiert sich an der wirtschaftlichen Leistungskraft und den Lebenshal-

Methoden, mit denen ein Mindestlohn in den jeweiligen Ländern festgesetzt wird. Ein Faktor ist die Tarifbindung. Länder wie Österreich, Italien, Schweden, Dänemark und Finnland weisen eine nahezu flächendeckende Tarifbindung auf und können bereits auf diesem Weg Mindestlöhne garantieren, ohne dass die Regierung separate Festlegungen treffen müsste. In Deutschland ist diese Quote deutlich niedriger: Während im Westen immerhin zwei von drei Arbeitnehmern nach Tarif bezahlt werden, ist es in Ostdeutschland nur jeder zweite. Thorsten Schulten, Arbeitsmarktexperte beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI)



Foto: picture alliance

**Friseurinnen leisten zwar eine körperlich anstrengende Arbeit – angemessen bezahlt werden sie dafür aber nicht.**

tungskosten des jeweiligen Landes. So liegt der vorgeschriebene Mindestlohn in Frankreich oder den Niederlanden deutlich über 8 Euro pro Stunde, während er in Spanien nur knapp 4 Euro beträgt. Arbeitnehmer in Mittel- und Osteuropa müssen mit einem Stundenlohn auskommen, der sogar nur im 1-Euro-Bereich liegt.

So unterschiedlich wie die Lohnhöhe im europäischen Wirtschaftsraum ist, so sehr divergieren auch die

der Hans-Böckler-Stiftung, bringt das Problem auf den Punkt: „Von allen EU-Staaten ist in Deutschland der Niedriglohnsektor am wenigsten per Gesetz oder Tarifvertrag reguliert.“

Doch gerade die Tarifautonomie spielt in der Bundesrepublik eine große Rolle. Daher versuchen die politischen Entscheidungsträger zunächst auf die an dem Aushandlungsprozess beteiligten Vertreter

von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bzw. Gewerkschaften dahingehend einzuwirken, dass diese sich auf einen Tarifabschluss einigen. Sollte dies auf lange Sicht erfolglos bleiben, könnte die Regierung die Initiative übernehmen und dessen Höhe selbst festlegen.

Nach dieser Variante wird beispielsweise in den USA verfahren. Einen Ausweg aus der Armutsfalle konnte der Mindestlohn dort bisher jedoch nicht bieten, da ein Arbeiter zum Überleben nicht selten auf zwei Vollzeit-Jobs angewiesen ist. Zusätzliche Entlastung bietet Geringverdienern in Amerika eine negative Einkommenssteuer, bei der das Finanzamt bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze Rückzahlungen gewährt. In Deutschland hat die SPD bereits über die Einführung eines ähnlichen Modells nachgedacht. (jb)

## Europas Erfahrungen mit dem Mindestlohn

**Frankreich** ist bereits seit 1950 mit dem Mindestlohn vertraut. Eingeführt wurde er, um auch Niedriglohnpfängern eine Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu ermöglichen. Seine Höhe wird von der Regierung festgelegt und beträgt momentan 8,25 Euro pro Stunde oder 1255 Euro im Monat. In den letzten Jahren ist der Mindestlohn in Frankreich damit stärker gestiegen als die restlichen Löhne und Gehälter. Dies hat zur Folge, dass sich immer mehr Berufstätige in der Gruppe der Mindestlohnpfänger wiederfinden, während die Wirtschaft umso stärker über das ihrer Meinung nach zu hohe Lohnniveau klagt. Auch Wirtschaftsforscher sehen eine Ursache der gestiegenen Jugend-Arbeitslosigkeit in der Höhe des Mindestlohnes, auf den bereits jeder 18-Jährige einen gesetzlichen Anspruch hat.

**Großbritannien** verdankt den Mindestlohn Tony Blair, der ihn 1999 unter dem Slogan „Arbeit muss sich wieder lohnen“ eingeführt hat. Ähnlich wie in den USA waren auch die englischen

Arbeitsmarktreformen mit Zuschüssen der Finanzämter an Geringverdiener verbunden. Ein vergleichsweise niedriger Mindestlohn von umgerechnet etwa 5,40 Euro brachte damals vor allem alleinerziehende und ältere Arbeitnehmer wieder in Lohn und Brot. Auch dank des britischen Wirtschaftswachstums liegt der untere Stundenlohn heute bei knapp 8 Euro.

**Österreich** kennt bisher zwar keinen gesetzlich garantierten Mindestlohn, will diesen jedoch jetzt unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer einführen. Die neu gebildete Koalition strebt dabei eine Höhe von monatlich 1000 Euro an. Bisher sind in unserem deutschsprachigen Nachbarland Mindestlöhne allenfalls über sogenannte „Kollektivverträge“ geregelt, die zwischen Wirtschaftskammer, Branchenverbänden und Gewerkschaften geschlossen werden. Jedes Jahr werden Hunderte dieser Kollektivverträge in Österreich ausgehandelt, und je nach Branche und Einfluss der zuständigen Gewerkschaft fallen ihre Bedingungen sehr unterschiedlich aus.

Anzeige

➔ Schreiben Sie den folgenden Text mit einem Kugelschreiber ab und vergessen Sie nicht zu unterschreiben.

Die Schrift entsteht durch eine bestimmte Bewegung der Hand und hat ihren Ursprung in einem vom Gehirn ausstrahlendem Impuls. Das Gehirn, Triebwerk unseres Organismus, beeinflusst unsere geistigen Fähigkeiten, unsere Gefühle und Empfindungen. Es registriert unsere Bedürfnisse, Neigungen, Sehnsüchte und Leidenschaften. Die Handbewegung, die für die Tintenspur verantwortlich ist, entspricht so einem Gehirnpuls und drückt zugleich den Geist, das Körperliche sowie die innere Bewegtheit des Menschen aus.

**Kostenlos**\*

**Unser Graphologe wird die wichtigsten Züge Ihrer Schrift studieren**

\*nur für Volljährige

**Sie bezahlen nichts**

## Neue Struktur der SoVD-Zeitung

Vielleicht haben Sie es beim Durchblättern Ihrer SoVD-Zeitung schon bemerkt; wenn nicht, wäre es Ihnen mit Sicherheit noch aufgefallen: Die Zeitung, die Sie in Händen halten, hat eine andere Struktur als die bisherigen Ausgaben. Die Beilagen der jeweiligen SoVD-Landesverbände befinden sich nicht mehr auf den Seiten 5 bis 8, sie sind an das Ende der Zeitung „gewandert“. Das heißt: Ab dieser Ausgabe finden Sie die bundesweiten Seiten der Zeitung (den sogenannten „Mantel“) auf den Seiten 1 bis 14 (bzw. 16 bei erweitertem Umfang). Es folgen die Landesbeilagen auf den Seiten I bis IV (zur deutlichen Unterscheidung vom Bundesteil haben wir uns für römische Ziffern entschieden).

Die neue Einteilung der SoVD-Zeitung hat einen einfachen Grund: Unsere Druckerei Dierichs in Kassel hat ein neues Gebäude mit komplett neuem Maschinenpark bezogen. Dies hat verschiedene technische Anpassungen – unter anderem die Umstellung der Struktur der SoVD-Zeitung – erforderlich gemacht.

Die Redaktion der SoVD-Zeitung hofft – ebenso wie die Verantwortlichen der Druckerei Dierichs –, dass unsere Leser die Umstellung positiv aufnehmen werden. Sie bietet nicht zuletzt den Vorteil, dass die Landesbeilagen künftig leichter entnommen werden können und dass der Bundesteil nicht länger in zwei Hälften „zerrissen“ ist. Ganz zu schweigen von den drucktechnischen Vorteilen (vor allem bessere Farbwiedergabe), die die neuen Druckmaschinen bieten.

In diesem Zusammenhang eine Bitte seitens der Redaktion: Wenn Sie sich, telefonisch oder schriftlich, auf einen Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen, geben Sie bitte deutlich an, in welcher Ausgabe sich der Artikel befindet – und vor allem, ob er im Bundesteil (arabische Ziffern) oder im Landesteil (römische Ziffern) veröffentlicht wurde. Vielen Dank!

Trennen Sie den Bon ab und senden Sie ihn an: Institut DPH • Bahnhofstraße 5 • CH-1162 Saint-Prex • Schweiz



Frau  Herr Name : ..... Vorname : .....  
 Adresse : .....  
 Postleitzahl : ..... Ort : ..... Telefonnummer : .....  
 Geburtsdatum : ..... / ..... / 19.....  Rechtshänder  Linkshänder

## Interview mit SoVD-Präsident Adolf Bauer

# „Die sozialen Risiken werden immer stärker auf den Einzelnen abgewälzt“

**Die Große Koalition hat im Februar die Gesundheitsreform verabschiedet (wir berichteten in der Februar-Ausgabe). Sie bringt eine Vielzahl von Veränderungen mit sich – für Rentnerinnen und Rentner, für Arbeitslose, für Menschen mit Behinderungen und weitere, sozial be-**

**nachteiligte Personen. Diese Änderungen betreffen auch die Arbeit des SoVD. Der Verband wird sich den neuen Problemen stellen müssen. Die SoVD-Redaktion wollte von Präsident Adolf Bauer wissen, wohin die „Reise“ geht und stellte ihm deshalb die folgenden Fragen:**

Herr Bauer, bei unserer Frage des Monats Januar haben über 80 Prozent der Teilnehmer angegeben, dass sie pessimistisch in die Zukunft blicken – wie ist das mit Ihnen?

Vom Naturell her bin ich Optimist. In die Zukunft sehe ich daher grundsätzlich positiv, auch wenn viele Medien versuchen, auf der Grundlage falscher Zahlen oder unzutreffender Voraussetzungen die Zukunft als Horrarszenario zu zeichnen. Davon sollte man sich nicht beeindrucken lassen.

Das vergangene Jahr war sozialpolitisch von der Rente mit 67 und der Gesundheitsreform bestimmt. Wie haben Sie in Gesprächen mit Verantwortlichen aus Politik und Gesellschaft den Umgang mit Alter und Krankheit erlebt?

Ein großer Teil der politischen Verantwortlichen hat sich vom Konzept der solidarischen Gesellschaft verabschiedet. Es ist festzustellen, dass die sozialen Risiken immer stärker auf den Einzelnen abgewälzt werden. Damit lässt man die Menschen mit ihren Schwierigkeiten allein. Viele Menschen verstehen die Gesundheitsreform nicht. Denn die po-

litische Debatte wird leider nicht so geführt, dass Entscheidungen und ihre Auswirkungen für die Bürger verständlich werden. Der SoVD hat immer wieder deutlich gemacht, dass die Menschen keine weiteren finanziellen Belastungen tragen können.

Welche sozialpolitischen Themen werden das aktuelle Jahr bestimmen und wo wird der SoVD Schwerpunkte setzen?

Ein Schwerpunkt wird in diesem Jahr die Gesundheitsreform sein, die am 1. April in Kraft tritt. Wir halten große Teile dieses Gesetzes für schlecht: Das ist der Abschied von der solidarischen und paritätischen Finanzierung, die Versicherten werden höhere Beiträge zahlen müssen und wir befürchten, dass sich medizinische Versorgung verschlechtert, wenn der Gesundheitsfonds 2009 eingeführt wird. Der Gesundheitsfonds muss verhindert werden. Wir werden die Auswirkungen des Gesetzes sorgsam beobachten und uns zu Wort melden, sobald sich unsere Befürchtungen bestätigen.

Im Januar haben wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern (DGB



**Präsident Adolf Bauer kritisiert, dass sich ein großer Teil der Verantwortlichen vom Konzept der solidarischen Gesellschaft verabschiedet hat.**

und Volkssolidarität) ein gemeinsames Konzept für eine zukunftssichere Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer Erwerbstätigenversicherung vorgelegt. In der Öffentlichkeit wird von interessierter Seite versucht, die gesetzliche Rentenversicherung tot zu reden und durch kapitalgedeckte Versicherungsformen zu ersetzen. Die gesetzliche Rentenversicherung hat nach Weltkriegen und Inflation

bewiesen, dass sie krisensicherer als andere Versicherungen ist und es wert ist, für unsere Zukunft erhalten zu werden.

Nach der missratenen Gesundheitsreform will die Bundesregierung sich jetzt der Pflegeversicherung zuwenden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die häusliche Pflege gestärkt wird und auch Menschen mit Altersdemenz Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten. Wir wollen, dass die paritätische Finanzierung der Pflegeversicherung erhalten bleibt. Vor allem brauchen wir eine würdevolle Pflege, dazu haben wir bereits im November 2004 zehn Forderungen vorgelegt. Auch unser Entwurf für ein Pflegezeitgesetz setzt Maßstäbe, die von der Politik aufgenommen worden sind.

Der viel besprochene demografische Wandel beschreibt den Umstand, dass wir Deutschen immer älter und gleichzeitig immer weniger werden. Was muss Ihrer Meinung nach anders werden, damit sich wieder mehr Familien für Kinder entscheiden?

Die Rahmenbedingungen für Familien müssen verbessert werden, damit sich junge Leute wieder für Kinder entscheiden. Vor allem müssen die Betreuungsangebote für Kinder erheblich ausgeweitet werden: Von der Krippe über den Kindergarten bis zum Hort und über die Grundschule hinaus müssen umfassende Ganztags- und Betreuungsangebote geschaffen werden, damit junge Menschen den Spagat zwischen Familie und Beruf bestehen können und sich nicht aus beruflichen Gründen gegen Kinder entscheiden. Außerdem muss die Stimmung im Land grundsätzlich kinderfreundlicher werden.

Die Kampagne Gut tun – tut gut ist vor einem halben Jahr gestartet und hat seitdem großen Anklang gefunden. War ehrenamtliches Engagement oder auch einfach Nächstenliebe früher selbstverständlicher als heute?

Ehrenamtliches Engagement ist heute genauso selbstverständlich wie früher, das zeigen uns die Mitglieder in den vielen Ortsverbänden seit Jahren. Aber unsere Gesellschaft hat sich verändert, sie ist anonymer geworden. Die Familienstrukturen haben sich gewandelt, die Nachbarschaftsbeziehungen sind weitgehend aufgelöst. Der einzelne Mensch hat

oft größere Schwierigkeiten, aus seiner Anonymität herauszutreten und seine Hilfe anzubieten oder Hilfe anzunehmen.

Die Kampagne hilft, die Anonymität zu überwinden. Sie bildet gewissermaßen eine Brücke zwischen Menschen, die helfen können und jenen, die Hilfen benötigen. Es geht darum, andere Menschen mit ganz einfachen, praktischen Dingen im Alltag zu unterstützen. Mit der Kampagne wollen wir noch mehr Menschen dafür gewinnen, sich ehrenamtlich für andere zu engagieren.

In diesem Jahr wird der SoVD, ehemals Reichsbund, 90 Jahre alt. Plant der Verband zu diesem Jubiläum spezielle Feierlichkeiten?

Am 23. Mai 1917 wurde der Verband in Berlin gegründet. Wir werden in diesem Jahr den 90. Gründungstag mit einer kleinen Festveranstaltung in der Bundesgeschäftsstelle würdigen. Darüber hinaus finden in vielen Ortsverbänden Jubiläumsveranstaltungen statt, die in diesem Jahr auch mit der Wiedergründung im Jahr 1947 verbunden werden.

Können Sie sich noch erinnern, wann Sie das erste Mal persönlich mit dem Sozialverband Deutschland in Berührung gekommen sind – gab es vielleicht ein konkretes Erlebnis?

Im Jahre 1982 wurde ich von einem Mitglied des heimatischen Ortsverbands sowie Kreisverbandsvorsandes angesprochen, der selbst schwer kriegsbeschädigt war und mir die Tätigkeit des Verbandes darstellte: Rolf Hornig hatte sich nach den eigenen bitteren Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedenen beruflichen Tätigkeiten auch als Landtagsabgeordneter und in kommunalen Gremien bewährt. Er machte mir deutlich, dass ich als politisch aktiver Bürger und erst recht als Kriegshinterbliebener die Verpflichtung hätte, mindestens durch eine Mitgliedschaft im Verband einen kleinen Beitrag solidarisch für die Ziele des Reichsbundes zu leisten.

Aus dieser Mitgliedschaft wurde nach kurzer Zeit ein Eintritt als Beisitzer in den Vorstand des Ortsverbandes, und die Verantwortung wuchs ab 1988 mit der Wahl zum Ortsverbandsvorsitzenden. Im Februar 2003 wurde ich zum Landesvorsitzenden und im Oktober 2003 zum Präsidenten gewählt.

### Podiumsdiskussion der integ-Jugend im SoVD

## „Aufbruch 2007 – Kinderarmut oder: Die verlorene Zukunft!“

**Nach Schätzungen verschiedener Institute sind zwischen 1,7 und 2,5 Millionen Kinder in Deutschland direkt von Armut betroffen. Trotz der derzeitigen positiven Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes und der Wirtschaft steigt die Kinderarmut in Deutschland nach wie vor beständig an. Aus diesem Grund organisierte die integ-Jugend im SoVD am 1. Februar in ihrer Veranstaltungsreihe „Aufbruch“ eine erstklassig besetzte Podiumsdiskussion zum Thema Kinderarmut.**

Vor den gut 70 Besuchern beschrieb Dr. Heide Rose Brückner, Geschäftsführerin des Deutschen Kinderhilfswerkes, die Situation sehr treffend: „In Deutschland verhungert kaum ein Kind, aber die psychischen Schäden von Armut sind immens.“ Auch Dr. Hubertus Lauer, Vizepräsident des Kinderschutzbundes, ging noch nicht von „französischen Verhältnissen“ aus, bekräftigte aber: „Es ist reines Glück, dass es bei uns noch keine Krawalle gibt.“

Im besonderen Fokus stand allerdings Marlene Rupperecht, MdB (SPD), aktuell Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages. Als einzige Parlamentarierin auf dem Podium musste sie sich einigen unangenehmen Fragen stellen. So wollte Oliver Tomaszewski, Vorsitzender der integ-Jugend, wissen, wie eine Mutter mit Kind von 200 Euro eine gesunde Ernährung gewährleisten sollte.

Die Antwort darauf gab Wolfgang Büscher, Pressesprecher des Kinderprojektes Arche in Berlin, und täglich im Kontakt mit betroffenen



Foto: Schlemmer

**Das Foto zeigt (von li.): Paula Riemer (Sprecherin Grüne Jugend), Oliver Tomaszewski (Vorsitzender der integ-Jugend im SoVD), Dr. Heide Rose Brückner (Geschäftsführerin Deutsches Kinderhilfswerk), Jens König (Moderator), Dr. Hubertus Lauer (Vizepräsident des Kinderschutzbundes), Marlene Rupperecht (SPD, Vorsitzende der Kinderkommission im Bundestag), Wolfgang Büscher (Pressesprecher Kinderprojekt Arche).**

Kindern. Für ihn ist „die Höhe der Sozialleistungen ... nicht das Problem“. Seiner Meinung nach müsse sichergestellt werden, „dass das Geld auch bei den Kindern ankommt“.

So forderte kaum einer im Podium wesentlich mehr Geld. Alle waren sich darin einig, dass den Eltern geholfen werden muss, gute Eltern sein zu können. So fiel mehr als einmal der Begriff der „aufsuchenden Sozialarbeit“ oder die Forderung nach einer besseren Verzahnung von Sozial- und Gesundheitsdiensten.

Auch die Ursache war schnell gefunden: die hohe Arbeitslosigkeit. Sie führt nicht nur zu materieller Not, sondern auch zu sozialer Ausgrenzung und damit einhergehenden

Minderwertigkeitsgefühlen. Vor allem ist „Armut ... weiblich und unqualifiziert“, so Dr. Lauer. Ein Gros der armen Kinder wird von alleinerziehenden Müttern mit geringer Bildung großgezogen. Diesen „Armutskreislauf“, wie ihn Paula Riemer von der Grünen Jugend beschrieb, gelte es zu durchbrechen. Das gehe aber nur durch eine Reform des Bildungswesens hin zu mehr Ganztagsbetreuung und integrativer Einheitsschule.

Doch wie schwer dieses Ziel zu erreichen sein wird, formulierte Dr. Lauer mit ernüchternder Eindringlichkeit: „Das Letzte was sich im Land ändern wird, ist das Bildungssystem!“

### Arbeitsagentur muss ältere Arbeitslose über Lohnzuschuss informieren

Die Agentur für Arbeit muss ältere Arbeitslose über die Möglichkeit von Lohnzuschüssen informieren. Tut sie es nicht, kann der Betroffene Anspruch auf Schadenersatz haben, so das Bundessozialgericht. Demnach muss die Behörde die Arbeitssuchenden über alle infrage kommenden Leistungen informieren. Wie hoch eine Entschädigung sein könne, legten die Richter nicht fest. Dazu würden die Details des Einzelfalles fehlen. (AZ: B 7a AL 22/06 R A) In dem Fall ging es um einen heute 58-Jährigen, der sich im Februar 2003 arbeitslos gemeldet hatte. Schon zwei Wochen später fand er wieder Arbeit, allerdings schlechter bezahlt. Erst später erfuhr er, dass die Bundesagentur für Arbeit in solchen Fällen auf Antrag einen Ausgleich zahlt. Seine Bitte um diesen Ausgleich lehnte die Behörde jedoch ab. Die Bundesrichter urteilten hingegen, dass sich die Agentur für Arbeit nicht auf den verspäteten Termin berufen dürfe. (dpa)

Neustart des Projektes unter SoVD-Beteiligung

# Unabhängige Patientenberatung bietet Ratsuchenden bundesweit Hilfe

**Lange hat es gedauert, doch nun ist es endlich soweit. Die UPD geht an den Start. UPD - das steht für „Unabhängige Patientenberatung Deutschland“. Und wer verbirgt sich hinter UPD? Hinter der UPD stehen Partner mit langjähriger Erfahrung in Sachen Patientenberatung: Der Verbund unabhängige Patientenberatung e.V. (VuP), in dem der Sozialverband Deutschland mit seinen Landesverbänden Berlin-Brandenburg und Niedersachsen Mitglied ist, der Bundesverband der Verbraucherzentralen und der Bundesverband des Sozialverbandes VdK.**

Diese haben von den Spitzenverbänden der Krankenkassen nach einem langwierigen Auswahlverfahren das Vertrauen erhalten, in den kommenden vier Jahren in einer zweiten Modellförderung bundesweit Patientenberatung anzubieten. In Hannover und Potsdam sind Beratungsstellen aufgebaut worden, an denen folgerichtig die SoVD-Landesverbände Niedersachsen und Berlin-Brandenburg als Träger beteiligt sind. SoVD-Präsident Adolf Bauer sagte in seiner Funktion als 1. Landesvorsitzender

des SoVD Niedersachsen anlässlich der Eröffnung der UPD-Beratungsstelle Hannover: „Angesichts der bereits bestehenden und geplanten Einschnitte ins Gesundheitssystem war und ist eine neutrale, fachkundige sowie für die Ratsuchenden kostenlose Beratung uneingeschränkt sicherzustellen und bei der UPD

richtig und gut angesiedelt.“

Die Beratung erfolgt qualitätsbewusst, unabhängig und für den Rat-

liner Landesgeschäftsführer und ehemalige Koordinator der SoVD-Patientenberatung Stefan Grieger.

Zusätzlich zu den insgesamt über 20 regionalen Beratungsstellen arbeiten noch einige überregionale, die sich auf bestimmte Themen, wie z. B. Zahngesundheit, spezialisiert haben. Und als eine Neuerung zur ersten Modellphase gibt es jetzt auch eine telefonische Beratungshotline, bei der man erste Informationen erhält und bei Bedarf an die zuständige Beratungsstelle weitergeleitet wird.



Foto: Herrndorff

**SoVD-Mitglied Waltraud Wagner (re.), hier noch während der ersten Modellförderung, fungiert erneut als Ansprechpartnerin für Patienten.**

suchenden kostenfrei. Es geht darum, die Autonomie und Selbstverantwortung von Patienten und anderen Interessierten zu stärken, Wegweiser zu sein in einer immer komplexeren Gesundheitslandschaft.

„Erfreulich, dass mit Elke Gravert in Hannover und Waltraud Wagner in Potsdam zwei erfahrene Patientenberaterinnen, die bereits in der ersten Modellphase erfolgreiche Arbeit geleistet haben, ihre Erfahrungen in die Beratungsteams in Niedersachsen und Brandenburg einbringen werden“, ergänzte der Ber-

Bundeseinheitliche Beratungshotline: 0 18 03/11 77 22 (9 ct/min aus dem deutschen Festnetz).

Regionale Beratungsstelle Hannover, Herschelstr. 31, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/70 148-73.

Regionale Beratungsstelle Brandenburg, Potsdamer Hauptbahnhof, Babelsberger Straße 16, 14437 Potsdam, Tel.: 03 31/2 00 65 60.

Internetadresse der UPD: [www.unabhaengige-patientenberatung.de](http://www.unabhaengige-patientenberatung.de).

Internetadresse des Verbundes unabhängige Patientenberatung (VuP): [www.v-up.de](http://www.v-up.de).



5. Altenbericht der Bundesregierung

# „Die gewonnenen Jahre besser nutzen“

**Der Bundestag hat Anfang Februar den 5. Altenbericht der Bundesregierung „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ besprochen.**

Mit dem Altenbericht gibt die Sachverständigenkommission der anhaltenden Diskussion um den demografischen Wandel eine neue Richtung: Der Bericht zeigt ein Leitbild, welches im Altern der Bevölkerung nicht nur Risiken sieht, sondern die Entwicklung als eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Wachstums- und Entwicklungschance begreift. „Das Bild des Alters hat sich in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend gewandelt“, sagte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, anlässlich der Bundestagsdebatte. „Viele ältere Menschen sind körperlich und geistig fit. Sie verfügen über Fachwissen und jahrzehntelange berufliche Erfahrung. Das sind Ressourcen, auf die wir nicht länger verzichten dürfen. Ich möchte daher vor allem auf die Möglichkeiten aufmerksam machen, die die ‚Silver Economy‘ mit sich bringt. Bereits heute übernimmt die Gruppe der über 60-Jährigen mit 315 Milliarden Euro im Jahr ein Drittel aller Konsumausgaben in

Deutschland. Das müssen wir als Chance für Produkte und Dienstleistungen begreifen. Wenn es deutschen Unternehmen gelingt, für diese Konsumenten geeignete Produkte zu entwickeln, erwächst daraus auch ein internationaler Wettbewerbsvorsprung. Denn Deutschland wird um das Jahr 2035 weltweit das Land mit der ältesten Bevölkerung sein. Die deutsche Wirtschaft könnte hier zum Trendsetter für eine Entwicklung werden, die alle Industrieländer betrifft“, so von der Leyen weiter.

Die zentralen Themen des Altenberichts sind: Erwerbsarbeit, Bildung, Einkommenslage im Alter, Chancen der Seniorenwirtschaft, familiäre und private Netzwerke, Engagement und Teilhabe sowie Migration. Die demografische Entwicklung in Deutschland bewirkt, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerung deutlich verändert. Sinkende Geburtenziffern und ein gleichzeitiges Älterwerden der Gesellschaft führen dazu, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung weiter wächst. *BMFSFJ*

## Vergünstigungen durch Schwerbehindertenausweis

In der letzten Ausgabe der SoVD-Zeitung hatte das Mitglied des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Emil Manzewski, darauf hingewiesen, dass der Schwerbehindertenausweis auch unbefristet erhältlich sei. Dadurch müssten einzelne Vergünstigungen nicht immer wieder neu beantragt werden. Wie uns ein Leser mitteilt, gilt dies jedoch nicht unbedingt auch für die Befreiung von Rundfunk- und Fernsehgebühren. Es empfiehlt sich daher, mit der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) Rücksprache zu halten, welche Antragsfristen im Einzelfall zu beachten sind.

## „Frauen sichern Zukunft“ Kampagne der Deutschen Rentenversicherung

**Alt plus Frau gleich arm? Die Erwerbsbiografie von Frauen unterscheidet sich in vielen Punkten von der der Männer: Sie verdienen weniger, sie haben häufiger Unterbrechungen durch Familienarbeit oder Pflegeaufgaben und/oder sie arbeiten häufiger in Teilzeitarbeitsverhältnissen oder Minijobs.**

Von Dr. Regine Rapp-Engels, beratendes Mitglied im Ausschuss für Frauenpolitik des SoVD-Bundesverbandes, Vizepräsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes und von 2002 bis 2006 Vorstandsmitglied im Deutschen Frauenrat (Berlin) sowie Gleichstellungsbeauftragte der Deutschen Rentenversicherung Westfalen.

Die Auswirkungen auf die Renten sind bekannt: In Westdeutschland erhielten Rentnerinnen 2005 durchschnittlich 502 Euro Versichertenrente, also 54 Prozent dessen, was männliche Rentner bekamen (923 Euro). In den neuen Bundesländern ist das Verhältnis für Frauen etwas günstiger, dennoch haben sie 2005 mit 634 Euro nur 67 Prozent der Männerrenten (944 Euro) erhalten. Und dies trotz vieler sozialpolitischer Errungenschaften, die aufgrund der Rollenteilung meist den Frauen zugute kommen, wie z. B. rentenrechtliche Anrechnung von Erziehungszeiten. Insofern ist die frühzeitige Planung der (zusätzlichen) Altersvorsorge für Frauen besonders wichtig. Obwohl die meisten Frauen sich

dieser Versorgungslücke bewusst sind, sorgt lediglich ein Drittel der Frauen zusätzlich fürs Alter vor.

Die Deutsche Rentenversicherung Westfalen startete als Modellprojekt daher im Herbst 2006 eine breit angelegte Aufklärungskampagne. Unter dem Motto „Frauen sichern Zukunft“ sollen Frauen unterstützt werden, sich frühzeitig mit ihrer eigenen Altersvorsorgeplanung auseinanderzusetzen. Um möglichst viele Frauen zu erreichen, werden Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten angeboten, z. B. am Arbeitsplatz, in Beratungseinrichtungen und im Weiterbildungsbereich.

Daher lief die Kampagne in erster Linie in regionalen Einrichtungen und Unternehmen, die zusammen mit uns in ihren Häusern Veranstaltungen zum Thema Frauen und Rente anbieten. Dies waren etwa Veranstal-

tungen für die eigenen Mitarbeiterinnen, um so auf die Auswirkungen der Teilzeitarbeit auf die Altersvorsorge aufmerksam zu machen. Es konnten aber auch offene Veranstaltungen im Rahmen des Kundenservices sein, z. B. für Existenzgründerinnen oder Unternehmerinnen oder Veranstaltungen im Rahmen von regelmäßigen Frauentreffen und Arbeitskreisen. Die Veranstaltungsinhalte wurden je nach Zielgruppe individuell festgelegt. Die Deutsche Rentenversicherung Westfalen stellte kostenfrei erfahrene Referentinnen und Referenten und übernahm im Rahmen der Kampagne die Öffentlichkeitsarbeit (Plakate und Flyer, Pressetexte).

So haben wir in den letzten drei Monaten in knapp 30 Veranstaltungen (mit teilweise über 100 Personen) insgesamt gut 800 Frauen informiert und beraten. Organisatoren waren

**Frauen im SoVD  
Das Thema**



unter anderem: Frauenbüro der Stadt Münster, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Stadtwerke Münster, Gemeindeunfallversicherung, Oberverwaltungsgericht Münster, Arbeitskreis International, Sozialdienst katholischer Frauen, Landwirtschaftskammer, Kinderhauser Frauenforum, Sparkasse Münsterland-Ost, Provinzial. Ergänzend zu den Einzelveranstaltungen mit den regionalen Einrichtungen und Unternehmen wird dieses Jahr zum Abschluss der Kampagne eine Veranstaltung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren stattfinden. Dann ist hoffentlich der Grundstein für eine langfristige Kooperation mit regionalen Einrichtungen im Bereich der Frauenarbeit gelegt und das Thema Altersvorsorge als ein fester Bestandteil in das Beratungsangebot der Kooperationspartnerinnen und -partner integriert. Und manche Frau hat hoffentlich auch Schritte zur eigenen Alterssicherung eingeleitet.

Anzeige

### Lifta, der Treppenlift



Jetzt auch zur Miete

- Geprüfte Beratungs- und Servicequalität
- Lifta passt praktisch überall
- Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- Über 60.000 verkaufte Liftas
- Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- Eigener Kundendienst bundesweit
- 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.  
**0800-22 44 66 1**  
Internet: [www.lifta.de](http://www.lifta.de)



#### GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt - kostenlos und unverbindlich.

Name / Vorname \_\_\_\_\_

Straße / Nr. \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_ Tel.-Nr. \_\_\_\_\_

Lifta GmbH, Abt. SOV 15, Horbeller Straße 33, 50858 Köln

## Folge des Streits um die Gesundheitsreform

## Bundesregierung verschiebt Pflegereform auf 2008

**Entgegen der ursprünglichen Planung wird die Reform der Pflegeversicherung ins nächste Jahr verschoben. Als Termin sind der April oder der Juli 2008 im Gespräch. „Wir haben immer gesagt: Die Pflegereform folgt der Gesundheitsreform“, so eine Sprecherin des Gesundheitsministeriums in Berlin. Der Präsident des SoVD, Adolf Bauer, kritisierte die Verschiebung: Nicht die Kostenfrage dürfe im Mittelpunkt stehen, vielmehr müsse es um das Schicksal des Pflegebedürftigen gehen.**

Die Pflegeversicherung wurde im Jahr 1995 eingeführt und gibt seit 1999 mehr Geld aus als sie einnimmt – eine Reform steht daher schon seit längerer Zeit an. Nachdem der Streit über die Finanzierung der Gesundheitsreform große Verzögerungen zur Folge hatte, will Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) bei der Vorbereitung der Pflegereform offenbar neue Wege gehen. Sie suche dazu die Zusammenarbeit mit Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU), möglicherweise auch mit Agrarminister Horst Seehofer (CSU), hieß es in der „Süddeutschen

Zeitung“ unter Berufung auf Koalitionskreise. Die Ministeriumssprecherin sagte dazu, der Gesetzentwurf werde „in enger Abstimmung mit anderen Ressorts“ erarbeitet.

Die Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk (SPD), stellte klar, dass es eine Dynamisierung, wie sie Union und SPD im Koalitionsvertrag anstreben, vorerst nicht geben werde. Seit 1995 werden die Pflegeleistungen unverändert – also ohne Inflationsausgleich – bezahlt. Sie haben dadurch ständig an Wert verloren. Eine Dynamisierung sei derzeit laut Caspers-Merk nicht zu finanzieren. Im Ministerium hieß es dazu, dass Finanzierung und Leistungsseite zusammengehören. Das bedeutet, dass eine Aufstockung von Ausgaben nur über eine Anhebung der Beiträge erreicht werden könnte. Derzeit liegt der Beitragssatz für die Pflege bei 1,7 Prozent des Bruttogehaltes. Kinderlose müssen 0,25 Prozentpunkte mehr bezahlen.

Für die anstehenden Verhandlungen zur Pflegereform zeichnet sich bereits heftiger Streit ab. So gibt es bei der Union Pläne, einen monatlichen Sonderbeitrag in Höhe von

sechs Euro einzuführen, der künftige Beitragssatzsteigerungen abfedern soll. Die SPD strebt dagegen bei der Finanzreform der Versicherung eine Paketlösung an. Caspers-Merk machte deutlich, dass ihre Partei beabsichtigt, die private Pflegeversicherung zur Absicherung der gesetzlich Versicherten heranzuziehen. Wer die Pflege auf feste Füße stellen wolle, „der muss den Ausgleich zwischen den beiden Systemen stärken“, so Caspers-Merk weiter.

Der Sozialverband Deutschland hat derweil die Politik darauf hingewiesen, dass bei der Diskussion um die möglichen Kosten nicht der Mensch aus den Augen verloren werden dürfe. Der Präsident des SoVD, Adolf Bauer, bekräftigte noch einmal die Notwendigkeit einer Reform der Pflegeversicherung: „Wir



Foto: image source

**Viele alte und behinderte Menschen sind dringend auf Leistungen aus der Pflegeversicherung angewiesen – deren Höhe hat sich jedoch seit zwölf Jahren nicht verändert.**

brauchen eine Stärkung der häuslichen Pflege, den Ausbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen und eine bessere Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen.“

Bauer wies ebenfalls darauf hin,

dass eine aktivierende Pflege, die Reha-Maßnahmen frühzeitig integriert, dazu beiträgt, die Fähigkeiten des Pflegebedürftigen zu erhalten. Dadurch können auch die finanziellen Aufwendungen für die Pflege langfristig reduziert werden. (dpa)

## Rente wegen Erwerbsminderung – Teil 1:

## Wenn es auch für sechs Stunden am Tag nicht mehr geht

**Jährlich stellen etwa 400 000 gesetzlich Rentenversicherte einen Antrag auf Rente wegen Erwerbsminderung. Neben den medizinischen Voraussetzungen sind dabei auch versicherungsrechtliche Bedingungen zu erfüllen, ehe der ersehnte Rentenbescheid schließlich ins Haus kommt. Nachstehend ein Überblick.**

Versicherungsrechtlich kommt es zunächst darauf an, dass

- wenigstens fünf Jahre Versicherungszeit nachgewiesen werden und
- in den letzten fünf Jahren vor dem Eintritt der Erwerbsminderung wenigstens drei Jahre lang Pflicht-

beiträge entrichtet worden sind. Der gegebenenfalls dem Rentenbezug vorausgehende Krankengeldbezug zählt dabei regelmäßig mit.

- Wer schon vor 1984 die fünfjährige Versicherungszeit („Wartezeit“) erfüllt hatte und seither für jeden Monat einen Rentenversicherungsbeitrag – egal in welcher Höhe – gezahlt hat, der braucht die zuvor genannte Pflichtbeitragszeit nicht nachzuweisen.

**Halbe Rente – volle Rente**

Der Rentenversicherungsträger prüft anhand der eingereichten ärztlichen Unterlagen die Berechtigung zum Rentenbezug. Im Regelfall wird zusätzlich ein Gutachter eingeschaltet. Ein Rentenverfahren kann auch

ohne Rentenantrag eingeleitet werden – vor allem nach einer (nicht den Erwartungen entsprochenen) Rehabilitationsmaßnahme.

Die medizinischen Voraussetzungen für eine „volle“ Erwerbsminderungsrente liegen vor, wenn wegen Krankheit oder Behinderung keine Tätigkeit „auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ mehr ausgeübt werden kann. Reicht das Arbeitsvermögen noch für drei bis sechs Stunden täglich, so steht der betroffenen Person die halbe Rente zu. Ab sechs Stunden täglicher Arbeitszeit wird davon ausgegangen, dass der Lebensunterhalt noch durch Erwerbstätigkeit gesichert werden kann.

Das bedeutet: Wer noch mit „halber Kraft“ tätig sein kann, der bekommt eine „halbe“ Rente. Mit der verbliebenen Leistungskraft soll – nach Möglichkeit – einer Teilzeitarbeit nachgegangen werden.

Aber: Wer zwar mindestens drei, aber nur noch weniger als sechs Stunden täglich erwerbstätig sein kann, aber arbeitslos ist, für den ist, so das Juristendeutsch, „der Arbeitsmarkt verschlossen“. Und das hat zur Folge, dass die volle Erwerbsminderungsrente beansprucht werden kann, obwohl – medizinisch gesehen – nur eine Teilrente zustehen würde. (Reicht das Leistungsvermögen allerdings für sechs Stunden pro Tag, so spielt die Arbeitsmarktlage keine Rolle: Auch bei Arbeitslosigkeit zahlt die Rentenanstalt nichts.)

Bei einer Erwerbsminderungsrente kommt es nur noch auf das vorhandene Leistungsvermögen an; es gibt keinen „Berufsschutz“ mehr.

Für vor dem 2. Januar 1961 Geborene gilt aber eine Vertrauensschutzregelung: Sie können noch die frühere Berufsunfähigkeitsrente beziehen. Sie steht Versicherten zu, die ihren bisherigen qualifizierten Beruf nicht mehr – oder nur noch weniger als sechs Stunden täglich – ausüben können, in einem anderen Beruf aber noch mindestens sechs Stunden am Tag einsetzbar sind. Hier prüft die Rentenversicherung also, ob noch ei-

ne andere Tätigkeit – bezogen auf die Ausbildung, den bisherigen Berufsweg und die erlangte „soziale Stellung“ – zumutbar ist, gegebenenfalls nach einer Umschulung. Und: Auf dem Arbeitsmarkt müssen solche Arbeitsplätze auch vorhanden sein.

Auch in der Höhe unterscheidet sich die Berufs- von der Erwerbsminderungsrente. Während Letztere als Teilrente 50 Prozent ausmacht und als Vollrente 100 Prozent, ergibt eine Berufsunfähigkeitsrente 2/3 der bei Rentenbeginn aufgrund der Beitragszahlungen und der zurückgelegten Versicherungszeit erwirtschafteten Vollrente. In Euro und Cent zahlen die Rentenversicherer bei voller Erwerbsminderung an einen Durchschnittsverdiener (bezogen auf 2006: 29 300 Euro) nach 30 Versicherungsjahren 784 Euro Monatsrente (im Osten: 689 Euro), nach 35 Jahren 915 (804) Euro und nach 40 Jahren 1045 (919) Euro.

**Nebeneinkommen erlaubt**

Auch wer „voll erwerbsgemindert“ ist, kann sich noch beruflich betätigen – allerdings nur in kleinem Rahmen, soll die Rente nicht zum Teil oder ganz eingebüßt werden. Grundsätzlich erlaubt ist ein monatlicher Nebenverdienst von 350 Euro; zweimal im Jahr dürfen es 700 Euro sein, etwa wenn Weihnachtsgeld gezahlt wird oder eine Urlaubsvertretung übernommen worden ist. Im Übrigen gelten folgende Regeln:

- Wird eine volle Erwerbsminderungsrente wegen eines „verschlossenen Arbeitsmarktes“ gezahlt, obwohl noch zwischen drei und unter sechs Stunden täglich gearbeitet werden könnte, so wird die Rente halbiert, sobald die Einkommensgrenze von 350 Euro (zweimal jährlich 700 Euro) monatlich überschritten wird.
- Steht die volle Erwerbsminderungsrente unabhängig von der Arbeitsmarktlage zu, so darf – sofern sich der Gesundheitszustand nicht verbessert hat – auch mehr als 350/700 Euro im Monat an Ein-

kommen erzielt werden. In solchen Fällen wird von einer Arbeit „auf Kosten der Gesundheit“ gesprochen. Je nach Höhe des Nebenverdienstes sinkt die Rente aber auf 75, 50 oder 25 Prozent des bisherigen Rentenzahlungsbetrages. Dabei sind keine starren Verdienstgrenzen zu beachten. Es kommt vielmehr darauf an, wie viel in den letzten drei Kalenderjahren vor dem Eintritt der Erwerbsminderung brutto verdient worden ist. Der sich daraus ergebende individuelle Hinzuverdienststrahmen kann dem Rentenbescheid entnommen werden.

- Entsprechendes gilt für Renten, die wegen teilweiser Erwerbsminderung gezahlt werden – mit dem Unterschied, dass beim Überschreiten der Verdienstgrenzen die Rentenhöhe auf die Hälfte schrumpft oder gar nicht mehr gezahlt wird. Auch hier lohnt ein Blick in den Rentenbescheid, ab welcher Verdiensthöhe die Rente in welchem Umfang zur Disposition steht.
- Wie bei der generellen Verdienstgrenze von 350/700 Euro monatlich gilt auch für die individuellen Verdienstgrenzen: Das Einkommen darf im Laufe eines Kalenderjahres während zwei Monaten das Doppelte betragen. Gekürzt oder gestrichen wird erst, wenn im dritten Monat die jeweilige Verdienstgrenze überschritten wird.

Dringende Empfehlung der Rentenversicherer: Wer Zweifel hat, ob seine Tätigkeit noch „rentenunschädlich erlaubt“ ist, der wendet sich an seine Rentenanstalt. Das kann insbesondere wichtig sein, wenn eine selbstständige Tätigkeit aufgenommen werden soll.

Ohne Einfluss auf die Rentenhöhe bleiben der Verdienst, den eine Pflegekraft erhält (maximal in Höhe des der Pflegeklasse entsprechenden Pflegegeldes) sowie der Verdienst, den Behinderte in Werkstätten für behinderte Menschen oder in anderen beschützenden Einrichtungen erzielen. (W.B.)

**Fortsetzung in der April-Ausgabe**

## Anzeige

Durchdachte Vorsorge bewahrt Chancen

## Harmonie.



Harmonie ist Ihnen wichtig. Denn Sie streiten sich ungern. Doch auch ohne eigenes Zutun können Sie in einen Rechtsstreit verwickelt werden, egal wie vorsichtig und sorgsam Sie sind. Dann hilft oft nur noch der Weg zum Anwalt – und der kostet Zeit, Geld und Nerven. Sorgen Sie deshalb vor.

**Der Spezial-Rechtsschutz der Hamburg-Mannheimer bietet Ihnen als SoVD-Mitglied besonderen Versicherungsschutz zu äußerst günstigen Konditionen:**

**Rechtsschutz**

- im Privat- und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz
- und ganz neu: Inklusive anwaltlicher telefonischer Erstberatung in Vorsorgefällen aus versicherten Lebensbereichen – damit Sie stets gut beraten sind!

**Besondere Leistungserweiterungen:**

- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren – bei Streitigkeiten um eine Heimunterbringung.
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen – damit Sie schon jetzt für den Fall Ihrer Entscheidungsunfähigkeit umfassend Vorsorge treffen können.

**Wir informieren Sie gern:**

**Sozialverband Deutschland e.V.**  
Abt. Versicherungen  
Stralauer Str. 63, 10179 Berlin  
Telefon: 030/ 72 62 22-0

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

Versicherungsträger: Hamburg-Mannheimer Rechtsschutzversicherungs-AG mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen, 22287 Hamburg

Ein Unternehmen der  
ERGO Versicherungsgruppe.



# Bundesverfassungsgericht: Schenkungs- und Erbschaftssteuer ist verfassungswidrig „Günstige“ Übertragung von Immobilien noch bis 2008

**Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die momentan angewandte Regelung bei der Besteuerung von geschenkten oder geerbten Immobilien für verfassungswidrig erklärt. Das ist auch ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit. Denn wer seinen Angehörigen Bargeld oder andere Werte hinterlässt, darf in Zukunft steuerlich nicht mehr schlechter gestellt sein als die Besitzer von Immobilien. Bis Ende Dezember 2008 hat der Gesetzgeber Zeit, neues Recht zu verabschieden. Solange werden Grundstücksübertragungen oder Erbschaften vom Fiskus noch nach den bisherigen Regelungen besteuert.**

Die Verfassungshüter wenden sich in ihrer Urteilsbegründung im Grundsatz nicht gegen die Bevorzugung bestimmter Werte, die durch Schenkung oder Erbschaft den Empfängern einen „Zuwachs an Leistungsfähigkeit“ bringen, der je nach dem Grad der Verwandtschaft in unterschiedlicher Höhe abgeschöpft werden soll. Sie stoßen sich aber daran, dass der Wert des Gegenstandes unterschiedlich ermittelt wird.

So führe das bisherige „vereinfachte Ertragswertverfahren“ für den Übergang von bebauten Grundstücken – zum Beispiel alle Privateigentümer – mit einem starren „Einheitsvervielfältiger“ zu dem Ergebnis, dass der tatsächliche Verkehrswert, um den es allein gehen dürfe, regelmäßig „verfehlt“ werde. Der Gesetzgeber habe mit dieser Methode erreichen wollen, dass eine Immobilie mit durchschnittlich 50 Pro-

zent ihres Verkehrswertes besteuert werde. Diese niedrigere Erbschaftsbesteuerung solle Investitionsanreize für Grundvermögen schaffen, „sowie die Bau- und Wohnungswirtschaft positiv beeinflussen“.

Dieser Versuch einer steuerlichen Lenkung auf der Bewertungsebene stehe aber „in unauflösbarem Widerspruch zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben“. Die Einzelergebnisse differierten erheblich zwischen „weniger als 20 Prozent und über 100 Prozent des Verkehrswertes“. Es sei offensichtlich, dass ein einheitlicher Vervielfältiger für bebauten Grundstücke – ohne Rücksicht auf die Grundstücksart und die Lage – zu erheblichen Bewertungsunterschieden im Verhältnis zum tatsächlichen

Erwerb bebauter Grundstücke mit der halben Schenkungs- beziehungsweise Erbschaftssteuer zu belasten oder ob der Gesetzgeber das entsprechende Ergebnis auch anders hätte erreichen können – „etwa im Wege einer eindeutigen Verschonungsbestimmung“. Mit den Belangen der Bau- und insbesondere Wohnungswirtschaft habe er gewichtige Gemeinwohlgründe angeführt, „die grundsätzlich geeignet erscheinen, durch eine geringere Steuer eine Verschonung der Beschenkten oder Erben zu rechtfertigen“. Inwieweit eine solche Entlastung verfassungsrechtlich zulässig wäre, könne aber offen bleiben.

Noch wesentlich härter wurde in Karlsruhe mit der Bewertung von Immobilien im Betriebsvermögen umgegangen. Hier ist derzeit noch der Steuerbilanzwert maßgebend. „Dieser stimmt aber nur in Ausnahmefällen mit dem jeweiligen Verkehrswert überein“, liest es sich in der Urteilsbegründung. So könnten „durch bilanztechnische Maßnahmen wie zum Beispiel die Wahl von degressiver oder linearer Abschreibung, Sofortabschreibungen oder erhöhten Absetzungen und Sonderabschreibungen sowie auch durch spätere Wertsteigerungen sogenannte stille Reserven gebildet werden, die bei der Bewertung des Betriebsvermögens nicht berücksichtigt werden“.

Der immaterielle Geschäfts- oder Firmenwert spiele keine Rolle – mit der Folge, dass der Steuerwert gerade von ertragsstarken Unternehmen weit hinter dem Verkehrswert zurück bliebe. Schließlich sei die erbschaftsteuerliche

Bemessungsgrundlage davon abhängig, ob und in welchem Umfang der Erblasser oder Schenker bilanzpolitische Maßnahmen ergriffen habe. Tendenziell würde überdies „gerade der Übergang des Betriebsvermögens von solchen Unternehmen gefördert, die der Entlastung am wenigsten bedürfen“. Im Fokus

des Gesetzgebers seien aber insbesondere mittelständische Personengesellschaften gewesen, die von der Erbschafts- und Schenkungssteuer ausgenommen sein sollten. Das Bundesverfassungsgericht lässt aber auch hier für die Neugestaltung des Rechts noch fast zwei Jahre Zeit. (1 BvL 10/02) (W.B.)



Foto: Hanke / VISUM

**Längstens bis Ende nächsten Jahres werden vererbte Häuser und Grundbesitz günstiger besteuert als etwa Geldwerte.**

Verkehrswert führen müsse. Der Bewertung haften daher „Zufälliges und Willkürliches“ an.

Zunächst unentschieden bleiben könne jedoch die Frage, ob es verfassungsrechtlich zulässig ist, den

## SoVD-Erholungszentrum Brilon

# Fitness und Zauber aus 1001 Nacht

**Das SoVD-Erholungszentrum Brilon im Herzen des Sauerlandes bietet im Frühjahr und Sommer attraktive Aktionswochen zum Erholen und Entspannen.**

Sie möchten über Pfingsten verreisen? Unser Kurztrip „Pfingsten vom 25. bis 28. Mai“ bietet Ihnen Erholung pur. Genießen Sie drei Nächte inklusive reichhaltigem Frühstücksbüfett und Halbpension in unserem komfortablen Hause. Auf dem Programm stehen: Wanderung, Fröhschoppen mit den Jagdhornblä-

sem und Pfingsttanz. Den Pfingsten-Kurztrip gibt es ab 143 Euro pro Person zuzüglich Kurtaxe.

Nordic Walking, Frühsport, Wassergymnastik, Sauna und Wellness-Dinner stehen auf dem Programm der „Fitnesswoche vom 8. bis 15. Juni“. Diese Reise gibt es ab 315,50 Euro pro Person zuzüglich Kurtaxe.

Unter dem Motto „1001 Nacht vom 22. bis 29. Juli“ verzaubert Sie unser Team mit einem märchenhaften Programm: Spezialitäten aus Fernost, ein orientalischer Abend mit Bauchtanz, Kräuterführung, Yoga für Jedermann, Märchenstunde und anderes mehr ab 310,50 Euro pro Person zuzüglich Kurtaxe.

Die beiden zuletzt genannten Reisen beinhalten jeweils sieben Übernachtungen mit reichhaltigem Frühstücksbüfett und Halbpension, abends gibt es zwei Menüs zur Auswahl und Salatbüfett. Unsere Gäste können zudem unser hauseigenes, 30° Celsius warmes Hallenbad kostenlos nutzen. Wir wünschen Ihnen gute Erholung mit dem SoVD!

Weitere Informationen zum Erholungszentrum und zu unseren Reisen finden Sie im Internet unter [www.ehz-brilon.de](http://www.ehz-brilon.de).

Auch das SoVD-Erholungszentrum, Hellehohlweg 40, 59929 Brilon, steht mit Rat und Tat zur Seite. Telefon: 02961/983-0.



**Erholung pur und Genuss mit allen Sinnen bietet das Reiseprogramm des SoVD-Erholungszentrums Brilon. Im Sommer locken Kräuterführungen im Kurpark, der direkt vor der Tür liegt.**

## Bitte stornieren Sie auf keinen Fall die Abbuchung des Jahres-Mitgliedsbeitrags...

... aufgrund eines „merkwürdigen“ Textes, den das Finanzamt verlangt. Hinter der Lastschriftabbuchung „Sozialverband Deutschland E“ stehen Zahlenkolonnen und Wörter bzw. Abkürzungen. Dieser „Text“ reicht den Finanzämtern zur Anerkennung einer steuermindernden Spende (hier Mitgliedsbeitrag) bis 100 Euro für eine gemeinnützige Organisation (SoVD).

Ingeborg Saffe, Bundesschatzmeisterin

## Anzeige

# „Meine wunderbare Genesung von Arthrose“

## Seltsamer Vorfall im Schnellzug

Kürzlich stieß ich im Intercity von München nach Köln auf eine Broschüre, die wahrscheinlich ein anderer Fahrgast liegen gelassen hatte: „Das natürliche Mittel, das Schmerzen besiegen kann.“

Da ich sonst nichts weiter zu tun hatte, vertiefte ich mich in die Einleitung. Seit einiger Zeit hatte ich nämlich bei feuchtem Wetter Probleme mit meinen Knien. Ich las immer weiter, und mein Interesse wurde immer größer. Die Zeit flog nur so vorbei. Dr. Robinson vertritt die Auffassung, dass die gegenwärtigen Mittel gegen Arthrose und Rheuma die Schmerzen lediglich vorübergehend lindern und die Probleme langfristig nur noch verschlimmern. Nach Angaben dieses Arztes gibt es jetzt ein neues natürliches Mittel ohne Nebenwirkungen, dass jedoch noch nicht sehr bekannt ist.

Die Knorpel in unseren Gelenken sorgen für das perfekte Funktionieren der Knochen bis ins hohe Alter hinein. Die Wirkung wird jedoch aufgrund eines Mangels eines bestimmten Minerals behindert, das im reiferen Alter vom Körper schlechter aufgenommen wird. Bislang ist der Mensch nicht in der Lage gewesen, dieses Mineral so zu produzieren, dass es vom menschlichen Körper problemlos aufgenommen werden kann. Der französische Forscher Norbert Duffaut hat für dieses Problem die Lösung gefunden.

Sein Mittel lindert nicht nur umgehend die Schmerzen, sondern stellt auch verschlissenen Knorpel wieder her. Diese wissenschaftliche Entdeckung eignet sich auch für die Behandlung von Hautproblemen wie Akne und Falten.

Als ich nach Hause kam, habe ich direkt mit dem Verlag Kontakt aufgenommen, der mir mitteilte, dass der Lieferant dieses natürlichen Mittels auf Anfrage kostenlose Probetuben zuschickt.

Seit jener Zeit probiere ich dieses Mittel aus. Ich habe mit meinen Knien keine Probleme mehr. Mein Vater, der so gut wie nicht mehr laufen konnte, ist jetzt wieder in der Lage, in seinem Garten zu werken. Die Haut meines Sohnes, der sich mit einem hartnäckigen Ekzem herumschlug, ist vollständig genesen. Ich habe Berichte gelesen, die aufgrund ihrer erstaunlichen Ergebnisse beinahe ungläubwürdig klingen.

Natürlich wird es Fälle geben, bei denen dieses Produkt nicht wirkt. Aber sie sind selten. Und der Lieferant zahlt den Kaufpreis zurück, wenn das gewünschte Ergebnis ausbleibt.

Herr Anton H.

Haben Sie Interesse an diesen Ergebnissen? Und wünschen Sie weitere, auch für den Laien verständliche Informationen über diese bemerkenswerte wissenschaftliche Entdeckung? Senden Sie uns dann diesen Gutschein. Sie erhalten **kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen** die Broschüre und eine Probetube. Wie Dr. Robinson bereits erklärte: „Wenn es möglich ist, ist es immer das Beste, die Ursache einer Krankheit zu beheben und gleichzeitig die Folgen zu bekämpfen.“ Nach der Lektüre dieser Broschüre verfügen Sie endlich über ein Mittel, das Ihnen ein schmerzloses Leben ermöglicht und die Gelenke geschmeidig und flexibel macht.

## GUTSCHEIN FÜR EIN KOSTENLOSES INFORMATIONSBUCH

Postservice • Postfach 57 • 7158 Waltensburg/Vuorz • Schweiz  
Telefon: 01805/88 89 50 • Telefax: 01805/68 65 68

Ja, senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen das kostenlose Gutmuster + Informationen über die Bekämpfung von Arthrose zu. Bitte Gutschein vollständig ausfüllen.

Herr  Frau

Vorname / Nachname

Adresse

PLZ / Ort

Telefonnummer (für eventuelle Rückfragen)

6120516

Ich leide an Arthrose: (bitte ankreuzen)

in den Händen,  in den Hüften,  im Nacken,  in den Füßen,  im Bereich des unteren Rückens,  in den Knien

Anders, nämlich:

(bitte angeben)



Sie können auch telefonisch bestellen:

**01805/88 89 50**, Fax: 01805/68 65 68

7 Tage die Woche, Tag und Nacht

Apotheker Dr. Robert Schmidt rät

# Rechtzeitig an den Heuschnupfen denken!

Der Frühling steht vor der Tür, bald blühen Blumen, Sträucher und Bäume. Viele Menschen bekommen dann feuchte Augen, aber nicht wegen der Farbenpracht der Blüten, sondern wegen der umherfliegenden Pollen.



Fast jeder zweite Bundesbürger ist mehr oder weniger von einer Allergie betroffen. Etwa 15 Prozent der Erwachsenen leiden an Heuschnupfen. Bei der Pollenallergie handelt es sich nicht um eine Bagatellerkrankung.

Bei einer allergischen Reaktion im Körper wird aus den Mastzellen das Gewebshormon Histamin freigesetzt. Dieses Histamin führt in den oberen Atemwegen zu einer Reizung und Entzündung der Schleimhäute. Die Bronchien ziehen sich zusammen, es kommt zur Atemnot. Bei Nichtbehandlung kann ein Asthma Bronchiale entstehen.

Auch Auge, Nase und Haut können durch allergieauslösende Substanzen, sogenannte Allergene, gereizt und entzündet werden. Unter der Haut regt das Histamin die freien Nervenenden an, es kommt zum Juckreiz und zur Wasseransammlung im Gewebe mit Quaddelbildung. Die Augen beginnen zu tränen und die Nase läuft.

Diese Symptome einer Allergie lassen sich durch Antiallergika lindern und unterdrücken. Es gibt Präparate zum Einnehmen und lo-

kal wirksame Tropfen für Augen und Nase. Moderne Wirkstoffe werden einmal pro Tag genommen. Die Tropfen für Augen und Nase halten ca. zwölf Stunden vor.

Durch Anwendungsbeobachtung konnte gezeigt werden, dass bei gleichzeitiger Einnahme von Zink in der Allergiezeit sich die Patienten besser fühlten und die Symptome weniger schwer auftraten. Es wurde beobachtet, dass die Freisetzung von Histamin geringer ausfiel als bei Menschen mit einem Zinkmangel. Das Spurenelement sollte rechtzeitig, d.h. etwa drei Monate vor dem zu erwartenden Auftreten der Allergie, eingenommen werden.

Weitere Fragen zur Heuschnupfenbehandlung besprechen Sie am besten mit Ihrem Hausarzt oder Apotheker.

Ich wünsche Ihnen schöne Frühlingstage, und bleiben Sie gesund!

ugs.: prahlerischer, großspüriger Mann	trop. Laubbaum	ugs.: dürrig, schlecht	Schwester-schiff der Pamir	dt. Orchesterchef (James)	größte Stadt in Norwegen	Platz, Ort, Stelle	Abk.: Handelskammer	amerik. Tänzer † 1987 (Fred)	Abk.: Rhode Island	Hauptst. Kroatiens	Stadt im Kr. Wesel (NRW)	bayer.: still, ruhig	Epoche
Topmodell (Carmen)				ugs.: steif, holzern	Hauptstadt von Südkorea	netztier-ähnlicher Säuger	toben	Kreis von Menschen		Abk.: Internat. Automobil-ausstell.			
Schauspiel von Goethe	deutscher Maler † (Franz)		Com-puter-pro-gramm							Golf am Roten Meer		immer	
Persönlichkeitsbild				Fest-mahl	Stadt in Ostfriesland	Futtermal			sehr leichte Holzart				6
Musik-richtung Anfang der 60er	körperl.-seel. Belastung		Natur-schutz-vereinigung (Abk.)			Fang-arm (zool.)							10
fade, abge-standen					Fluss zur Weser	Ur-laubs-fahrt	österr.: Rahm	nordd.: rote Rübe					
frz. Käsesorte	Kose-form von Ilona	Stadt in den Niederlanden		mecklen-burg, Ostsee-Zufluss				kleine seichte Bucht					3
							chinese-sche Dynastie	spanisch: Fluss	<b>AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS</b> F O C H S E N K O P F I A D N I S M R A S T E A R I A R I A D N I S M S T V O D I A N A R R I D O L U T A P O E M A B A R T I D O L E I D E R E N T S O L A T O R H A I N D E S Z O L A T O R S P I E L A R T E S E P A T O R A N K L A H N E N A N T I L O P E F I R N E T R I O D E S E N K E L G R O S S E N K E L Normadenleben (1-13)				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

**Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.**  
**Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!**

## Die Gewinner / -innen von Februar

### Kreuzworträtsel

Heinz und Karin Weitzel, 45277 Essen; Gerhard Krug, 29549 Bad Bevensen; Emelie Knöpfle, 76593 Gernsbach.

### Rolandsuche

Karl Hamann, 17033 Neubrandenburg; Anneliese Bergfeld, 48465 Schüttorf; Albert Landwehrjohann, 33334 Gütersloh; Frauke Christiansen, 25813 Schwesing; Edmund Plath, 29614 Soltau.

**Die Bären sind los: Die Suche nach Roland geht weiter**

Ich habe mich auf drei Fotos dieser Ausgabe versteckt. Teilen Sie uns die Seiten per Postkarte/Fax mit und gewinnen Sie einen von fünf Kuschelbären. **Postanschrift: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Roland, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Fax 0 30/72 62 22 - 145, E-Mail: rolandsuche@sovd.de**

### Buchtipps-Verlosung

Andrea Borchert, 37170 Uslar; Winfried Meyer, 22043 Hamburg; Adolf Kuhlmann, 49074 Osnabrück; Renate Schroeder, 99423 Weimar; Hans-Gert Woita, 12355 Berlin.

### Sudoku-Verlosung

Dieter Kreth, 30982 Pattensen; Reinhard Jordan, 27356 Rotenburg/Wümme; Katrin Kästner, 39122 Magdeburg.

*Die Namen der Gewinner / -innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.*

## Das SoVD-Sudoku

**Variante: LEICHT**

	○		2	1		9
	8	6	3			1
7			5	9		3
4	9			○	7	6
	2	9		8		
8	3			1	2	
3	○	4	7			8
2				5	3	6
6		9	3			

**Auflösung des Vormonats**

6	4	8	5	3	7	1	9	2
3	2	1	9	4	6	5	7	8
5	7	9	1	8	2	3	4	6
9	1	7	3	6	8	2	5	4
8	5	3	2	1	4	9	6	7
2	6	4	7	9	5	8	1	3
1	8	6	4	5	3	7	2	9
7	3	5	6	2	9	4	8	1
4	9	2	8	7	1	6	3	5

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

**Variante: MITTEL**

7	8					9
	9	3		1	2	○
	3	9	8		4	
		4				2
9	○		7			3
	8			6		
	5		6	3	1	
	7	2	○	4	6	
3					8	2

**Auflösung des Vormonats**

3	6	1	7	4	9	5	8	2
7	5	9	8	2	6	1	4	3
4	2	8	1	5	3	7	6	9
8	3	6	2	1	7	4	9	5
1	9	4	5	6	8	3	2	7
5	7	2	9	3	4	8	1	6
2	8	3	6	7	1	9	5	4
6	1	7	4	9	5	2	3	8
9	4	5	3	8	2	6	7	1

Um eines von 3 Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

## Fußmuskel-Training kann gegen Fersensporn helfen

Gegen einen Fersensporn kann es helfen, die Fußmuskeln zu trainieren. Geeignete Übungen sind zum Beispiel, Papier mit den Zehen aufzuheben und auf unebenen Böden zu laufen, rät die in Neu-Isenburg erscheinende „Ärzte Zeitung“ unter Berufung auf den Orthopäden Stefan Rehart aus Frankfurt. Betroffene sollten außerdem die Belastung des Fußes verringern, indem sie Einlagen tragen. Zudem seien Aufwärmübungen vor dem Sport oder vor Wanderungen ratsam. Ein Fersensporn ist eine Verkücherung am Fersenbein, die starke Schmerzen beim Gehen verursachen kann. Bewährt hätten sich auch die Röntgen-Reizbestrahlung und die Stoßwellentherapie. Dabei bleibt der Sporn zwar erhalten, die Beschwerden nähmen bei vielen aber ab. „Nur wenn alles nichts hilft, muss operiert werden“, sagt Rehart. Unter einem Fersensporn leidet etwa jeder Zehnte der über 40-Jährigen in Deutschland. Typische Symptome seien Schmerzen in der Ferse am Morgen oder nach längerer Belastung. (dpa)

## Die Frage des Monats

Die Frage des Monats Februar lautete: „Der Winter war bis Mitte Januar ungewöhnlich warm. Sturm ‚Kyrill‘ sorgte für große Verwüstungen. Machen Sie sich Sorgen, dass unser Klima aus den Fugen gerät?“ Bis Redaktionsschluss haben sich 139 Personen beteiligt, von denen 68 Prozent mit „Ja“ und 32 Prozent mit „Nein“ gestimmt haben.

**Die Frage des Monats März lautet: „Viele Kommunen richten derzeit sogenannte Umweltzonen ein, d.h. Autofahrer, deren Fahrzeuge bestimmte Abgasstandards nicht einhalten, dürfen dann viele Innenstädte nicht mehr befahren. Sind Sie dafür?“**

Zum Abstimmen besuchen Sie die SoVD-Homepage (www.sovd.de).

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet: <http://www.sozialverband.de>: Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: [contact@sovd.de](mailto:contact@sovd.de)

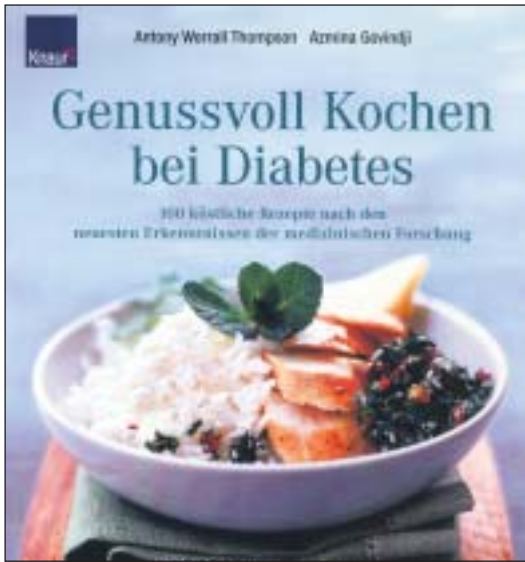
**Impressum**  
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Matthias Sommer (verantwortlich), Dr. Simone Real, Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer. Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030/72 62 22-0, Fax: 030/72 62 22-145. Internet-Adresse: [www.sovd.de](http://www.sovd.de). – E-Mail: [redaktion@sovd.de](mailto:redaktion@sovd.de). Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Str. 168, 34121 Kassel. – Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 0 47 92/ 22 16, Fax: 0 47 92/35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. – Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel – Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Verbreitete Auflage, IVW, 4. Quartal 2005: 410 087 Exemplare

BUCHTIPP

Genussvoll Kochen bei Diabetes

100 köstliche Rezepte nach den neuesten Erkenntnissen der medizinischen Forschung

Diabetiker müssen sich beim Essen nicht zwangsläufig einschränken - mit dem vorliegenden Kochbuch können sie die mediterrane Küche genießen, vegetarisch schlemmen und Exotisches aus Indien ausprobieren.



Mit einem Vorwort des Deutschen Diabetiker Bundes.

Antony Worrall Thompson, Azmina Govindji: Genussvoll Kochen bei Diabetes, 100 köstliche Rezepte nach den neuesten Erkenntnissen der medizinischen Forschung, Verlag Droemer Knaur, ISBN: 3-426-64249-2, 143 Seiten, 14,90 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf Exemplare des Buches. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin (bitte unbedingt das Stichwort 'Buchtipps-Verlosung' nennen!). Einsendeschluss: 15. März 2007.

sorgung mit Vitaminen und Spurenelementen sowie neue Therapieansätze.

- 100 einfache und moderne Rezeptideen
• Problemlos durch den Alltag mit Tipps für Restaurant und Einkauf
• Aktueller Stand der Wissenschaft: glykämischer Index, Ver-

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

HERBALIFE Abnehmen - S. Reis
056 24 / 9 21 88 43 - www.reis.wellkontor.de

Er, 66 Jahre, 1,73m, sucht nette Partnerin, NR, mit Herz und Humor
Chiffre 2002

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- €
Anlieferung mögl. 051 08 / 92 54 96

Advertisement for a & p Treppenlifte featuring a grid of symbols and a photo of a person using a lift.

Treppenlifte Direkt vom Hersteller NEU & GEBRAUCHT. HEIM GmbH. Erstklassige Qualität zu Preisen, wie sie nur ein Hersteller bietet. JETZT KOSTENLOS ANRUFEN: 0800/420 5 420

Schmerzen? KS Bodyguard. Die Sandbadkur mit Magnet-Therapie. Hilft wirkungsvoll bei: Arthrose, Bandscheibenbeschwerden, Rheuma, Gicht, Muskelverspannungen, Heuschnupfen, bei der Heilung von Knochenbrüchen, Durchblutungsstörungen und Sportverletzungen, Kopf- und Zahnschmerzen sowie Migräne. Für Kälte- und Wärmetherapie geeignet. Schon ab € 9,95

Hallo ich suche Dich für gemeinsame Zukunft. Bin M., 30 J., 197cm, Rheumat., Behinderung u. Kind kein Hindernis
Chiffre 2003

Elektromobile SCHOLZ Mobilitätsprodukte. Treppenlifte ab 3.250,- €. Badewannenlifte ab 980,- €. Elektromobile verschiedene Modelle ab 1.500,- €. Stadtblick 14 38112 Braunschweig. Gratisprospekte anfordern oder Termin vereinbaren! kostenlos 0800-327 327 0

INSERIEREN BRINGT GEWINN! PC-/Büro-Tätigkeit selbständig von zu Hause aus! 056 24 / 92 53 83 Info unter: www.reis.jobkontor.info

LIFTE TREPPEN ABEG TREPPENLIFTE GmbH. Kooperationspartner des SoVD LV NRW (ehemals Reichsbund). Beratung · Verkauf · Service bundesweit. Lassen Sie sich kostenfrei + unverbindlich ein Angebot unterbreiten. 0 800 / 399 80 30 0,0 Cent / Minute www.abeg-treppenlift-gmbh.de

Ihr Bruch Spranzband - 60. Ohne Feder, ohne Schenkelriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen. Ausschn. u. einsenden - Prosp. 30 gratis SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen www.spranzband.de

Treppenlift - gerade, Länge: ca. 4450mm, Höhe 2750mm, mit Klappsitz, schmale Schiene, links-drehend, zwei Außensteuerungen, 16 Monate alt. Preis VS 04766/405

Treppenlifte neu und gebraucht. 050 53 / 12 28 · Fax 15 57 Internet: www.treppenliftservice.de E-Mail: info@treppenliftservice.de Treppenliftservice · Wiesenweg 22 · 29328 Fußberg

Potenzschwach? Leistungsdruck führt auch in der Liebe zu Versagensängsten. Deshalb Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees zur Stärkung der Sexualität. 1 Packg. enthält 60 Dragees, € 28,00 (inkl. Versand). Jetzt sofort bestellen, in 14 Tg. bezahlen. Otto Blocherer, Abt. E14, Friedensstr. 4, 86391 Stadtbergen

Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung. Elektro-scooter ab 1.551,- € Ratenzahlung möglich. einfach zu bedienen - sicher - zuverlässig - komfortabel - führerscheinfrei. Fahrräder mit elektrischer Unterstützung. Weileder Elektrofahrzeuge. Weileder TECH GmbH - Zentrale - Simpelt-Kramer-Str. 26 - 87629 Füssen bundesweiter Vorort-Service Info-Zentrale: Tel: (0 83 62) 91 93-27 Fax: 91 93-29 support@weileder-tech-gmbh.de, www.weileder-tech-gmbh.de

Treppen-Kurvenlift, neu, nicht gebraucht, nur installiert, rechte Seite, 90 Grad Bogen, wegen Todesfall weit unter Neupreis abzugeben. 049 31 / 88 54 Norddeich/Ostfriesland

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an: Anzeigen-Verwaltung U. Struckmeyer Postfach 12 66 · 27723 Worpsswede

Hotel Mondial weiter auf Erfolgskurs

Das Hotel Mondial, ein Haus des Sozialverband Deutschland, in Berlin am Kurfürstendamm 47 gelegen, konnte auch im Jahr 2006 ein herausragendes Geschäftsergebnis präsentieren. Mit einer durchschnittlichen Jahresbelegung von 70 Prozent liegt das 4-Sterne-Hotel im Spitzenfeld der Berliner Hotels.

Das behindertengerecht gebaute Hotel liegt am schönsten Teil des Kurfürstendamms und bietet seinen Gästen neben stilvoll eingerichteten Zimmern mit Bad oder Dusche ein Restaurant, eine Boulevardterrasse und eine Hotelbar. Für die Entspannung der Gäste stehen ein Schwimmbad mit Dampf- und Trockensauna, ein Solarium und ein Fitnessraum zur Verfügung. Mit dem Auto anreisende Gäste können ihr Fahrzeug in der hauseigenen Tiefgarage abstellen.

Alle öffentlichen Bereiche sind mit dem Rollstuhl befahrbar. Ein Drittel der Gästezimmer ist durch Größe der Zimmer und Ausstattung der Bäder besonders für Rollstuhlfahrer geeignet. Das Hotel stellt eine spezielle behindertengerechte Infrastruktur bereit, ohne jedoch den Eindruck zu erwecken, ein Sanatorium zu sein. Das internationale 4-Sterne-Hotel bietet darüber hinaus behinderten Menschen die baulichen Voraussetzungen, sich selbstständig zu bewegen. Obwohl das Hotel eine eigenständige GmbH ist und nicht von den Vorteilen der Gemeinnützigkeit profitieren kann, hält das Hotel für Mitglieder des SoVD besondere Angebote bereit. Besonders beliebt sind die Sommerspezialangebote in der Zeit von Juli bis August. In den Wintermonaten von November bis Februar gibt es ein Winterspezial. Informationsmaterial wird auf Anforderung (Tel.: 030 / 8 84 11-0) gerne zugeschickt.

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen - Keine gewerblichen Anzeigen

An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpsswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname \_\_\_\_\_

Straße und Nr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt \_\_\_\_\_ in: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Der Text meiner Anzeige: \_\_\_\_\_ Ausgabe \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro incl. 19% MwSt.

3 Zeilen = 17,85 Euro incl. 19% MwSt.

4 Zeilen = 23,80 Euro incl. 19% MwSt.

5 Zeilen = 29,75 Euro incl. 19% MwSt.

je weitere Zeile = 5,95 Euro incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung

U. Struckmeyer · Postfach 12 66 · D-27723 Worpsswede Tel.: 0 47 92 / 22 16 · Fax: 35 30 · E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de